

Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 1/2026



Lernen in der »Blutmühle«
Verdun und die Materialschlachten

Strategische Basis wider Willen
Die Geschichte von Diego Garcia

Partner im Einsatz
Die Ortskräfte der Bundeswehr

Auftrag Aufstellung

70 Jahre Teilstreitkräfte



ZMS Bw

Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr

MILITÄR HISTORISCHES MUSEUM

Dresden

KULTUR GESCHICHTE GEWALT



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Januar 2026 jährt sich die Aufstellung unserer Teilstreitkräfte zum 70. Mal. Ein bedeutender Moment für unsere Bundeswehr, für unser Land. Ein Moment, der mir geeignet scheint, den Blick in die Vergangenheit mit der Perspektive auf das Heute und das Morgen zu verbinden.

Die Gründung der Bundeswehr erfolgte unter schwierigen Vorzeichen: Etwa mehr als ein Jahrzehnt nach der bedingungslosen Kapitulation, den moralischen Zerrüttungen durch das Menschheitsverbrechen der Shoah und unter großen ökonomischen Herausforderungen wurde eine höchst kontroverse gesellschaftliche Debatte über die sogenannte Wiederbewaffnung geführt. Das strategische Kalkül allerdings war klar: Nur eingebettet in das westliche Wertebündnis kann Deutschland souverän sein, nur mit starken konventionellen deutschen Streitkräften kann Abschreckung in Europa gelingen.

Bundeskanzler Adenauer stand am 20. Januar 1956 beim Aufstellungsappell der Bundeswehr in der Andernacher Krahnenberg-Kaserne einer zusammen gewürfelten Truppe gegenüber. In aller Eile und mit fremdem Material mussten aus Veteranen und freiwilligen Ungedienten in wenigen Jahren verteidigungsbereite Streitkräfte geformt werden. Eine Mammutaufgabe angesichts der Rahmenbedingungen.

Nur sechs Jahre später – 1962 – betrug die Stärke der Bundeswehr 375 000 Soldaten. Elf deutsche Divisionen unterstanden der NATO. Die Luftwaffe war in die atomaren Verteidigungsplanungen des Bündnisses integriert und die Marine hatte die »Vorneverteidigung« in der Ostsee aufgenommen. Die Wehrpflicht war eingeführt und 40 000 Soldaten retteten hunderte Menschenleben bei der Hamburger Sturmflut – ein Paradebeispiel an Aufbauleistung, Verlässlichkeit und Professionalität. Zum 70. Jahrestag der Aufstellung unserer Teilstreitkräfte zeigt uns diese historische Entwicklung, was möglich ist, wenn wir, den Bewertungen der Bedrohungslage folgend, mit Willen und Tatkraft große sicherheitspolitische Gestaltungsaufgaben angehen.

Auch heute stellt uns die Sicherheitslage vor vielfältige Herausforderungen. Wir müssen in sehr kurzer Zeit unsere Einsatzbereitschaft deutlich erhöhen. Wir wollen unsere materielle Ausstattung signifikant verbessern und unseren personellen Aufwuchs qualitativ hochwertig gestalten. Es gilt, innovative Technologie zur Steigerung des Gefechtwertes rasch zu integrieren und gerade die Landstreitkräfte auf den Wandel des Kriegsbildes auszurichten. Und bei all' dem bleibt es ständige Aufgabe, die innere Verfasstheit unserer Bundeswehr zu stärken.

Liebe Leserinnen und Leser, unsere Sicherheit ist heute so stark bedroht wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Die größte und direkteste Bedrohung geht dabei von Russland aus. Wir müssen rasch handeln, denn dieser Gegner wartet nicht auf unsere »Fertig-Meldung«. Der Blick in unsere eigene Bundeswehr-Geschichte kann hier in vielerlei Hinsicht Anregung und Möglichkeit zur Anschauung bieten. Denn es stimmt: Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen, um die Zukunft zu gestalten.

Ich danke dem ZMSBw daher für diese hochaktuelle Auswahl des Themas der vorliegenden Ausgabe der **Militärgeschichte**. Und ich wünsche uns allen eine erkenntnisreiche, anregende Lektüre.



Generalleutnant Dr. Christian Freudung
Inspekteur des Heeres

PiZ Heer / Marco Dorow



Militärgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung

picture alliance / Wolfgang Hub | Wolfgang Hub



24

Bundeswehr oder Bundesgrenzschutz? Die Kruz mit historischen Fotos.

Bundeswehr / Torsten Kraatz



6

Feierliches Gelöbnis auf dem Paradeplatz des Bundesministeriums der Verteidigung in Berlin: Vor 70 Jahren erfolgte die Aufstellung der Teilstreitkräfte.

IMAGO / CPA Media



20

Strategische Bedeutung vor Dekolonisierung? Das Korallenatoll Diego Garcia, Großbritannien und die USA.

imago images / KHARBINE-TAPABOR



28

Chiffre für sinnloses Sterben und aberwitzige Materialschlachten: Verdun 1916.

Rainer Pinnow



12

Ohne ihre Hilfe geht es nicht: Ortskräfte machen einen Einsatz – wie 1992/93 in Kambodscha – überhaupt erst möglich.

Soldatin mit einem Sturmgewehr G36 bei der Grundausbildung in Augustdorf am 16. Januar 2001. Frauen in der Bundeswehr sind heute selbstverständlich, das Thema »Frauen an der Waffe« polarisiert dennoch.



Bundeswehr / Detmar Modes

Inhalt 1/2026

6 BUNDESWEHRGESCHICHTE

Eine Herkulesaufgabe

70 Jahre Aufstellung der Teilstreitkräfte der Bundeswehr

12 EINSATZGESCHICHTE

Partner im Einsatz

Eine Geschichte über die ersten Ortskräfte der Bundeswehr

18 IM BLICKPUNKT

Frauen an der Waffe

20 INTERNATIONALE MILITÄRGESCHICHTE

Zwischen strategischem Kalkül und humanitärer Willkür

Der US-Stützpunkt Diego Garcia und die Dekolonisation

24 MILITÄRGESCHICHTE IM BILD

Eine »Ehrenformation der Bundeswehr«?

26 GESCHICHTE KOMPAKT

Queen Victoria | 1901

Rheinlandbesetzung | 1936

Blutsonntag von Vilnius | 1991

28 ERSTER WELTKRIEG

Erlernen des Gefechts der verbundenen Waffen

Die Schlacht von Verdun 1916

34 SERVICE

Bücher | Medien

Ausstellungen | Der besondere Tipp

Impressum

Coverbild: Ankündigungsplakat für die Wanderausstellung
»Unser Heer« Anfang der 1960er-Jahre SKA / IMZBw

Eine Herkulesaufgabe

70 Jahre Aufstellung der Teilstreitkräfte der Bundeswehr

Vor 70 Jahren wurde mit dem Aufbau der westdeutschen Streitkräfte ein Vorhaben eingeleitet, dem die Bundesregierung höchste politische Bedeutung beimaß. Entsprechend standen die militärischen Planer in Bonn bei der Aufstellung der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine unter hohem Druck. Sie mussten möglichst schnell viele Verbände aufstellen. Dabei waren Improvisationskunst und Kreativität gefragt.

Von Mischa Bose

Bundeswehr / Münker



Erstes Antreten in Andernach: Bundeskanzler Konrad Adenauer (3. v. li.) schreitet am 23. Januar 1956 gemeinsam mit Verteidigungsminister Theodor Blank (1. v. li.), dem späteren Generalinspekteur Adolf Heusinger (2. v. li.) und dem damaligen Leiter der Abteilung V (Heer) beim Bundesministerium der Verteidigung Generalmajor Hellmuth Laegeler (4. v. li.) eine Formation der ersten Soldaten der Bundeswehr ab.

Im Mai 1955 stellte Bundeskanzler Konrad Adenauer fest: »Die Bundesrepublik Deutschland ist souverän.« Diese Aussage erscheint bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass Deutschland zehn Jahre zuvor eine totale Niederlage erlitten hatte. Deutsche Staatlichkeit existierte nach 1945 zunächst nur noch theoretisch, die alliierten Siegermächte hatten in Gestalt des Kontrollrats die Regierungsgewalt übernommen. 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet, in vielen Bereichen standen die Entscheidungen der Bundesregierung aber weiterhin unter dem Vorbehalt der Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich.

Deutscher Sicherheitsgewinn

Adenauers kühne Aussage über die deutsche Souveränität erfolgte im Kontext einer entscheidenden Weichenstellung, die die Außenpolitik der Bundesrepublik bis heute prägt: Der westdeutsche Staat trat 1955 der NATO bei. Dieser Schritt war aus Sicht Adenauers Grundlage für die Wiedergewinnung der Souveränität Deutschlands. Neben einer internationalen Aufwertung der Bundesrepublik erhoffte sich die Bundesregierung zudem einen Sicherheitsgewinn durch den Beitritt zum westlichen Bündnis.

Die Westmächte nahmen die Bundesrepublik allerdings nicht ohne Gegenleistung in die NATO auf. Seit der Kalte Krieg den europäischen Kontinent teilte, war den militärischen Planern in Washington und im NATO-Hauptquartier klar, dass sie der konventionellen Übermacht der Sowjetunion in Europa kaum etwas entgegenzusetzen hatten. Zunächst konnte dieses Ungleichgewicht zwar durch die alleinige US-amerikanische Verfügungsgewalt über Atomwaffen ausgeglichen werden. Als die Sowjetunion aber 1949 ebenfalls in den Besitz nuklearer Waffen gelangte, war abzusehen, dass ein westlicher Einsatz von Atomwaffen durch nukleare Gegenstöße beantwortet werden würde. Darauf versuchte man händeringend, die konventionellen NATO-Streitkräfte in Europa zu stärken, um den Gegner auch

mit der Androhung einer wirksamen konventionellen Verteidigung von einem Angriff abschrecken zu können.

In der Folge bot sich die bevölkerungsreiche und wirtschaftlich erstarkende Bundesrepublik als Schlüssel zur Lösung dieses Problems an. Ein rasch aufgestelltes, kampfstarkes westdeutsches Militär sollte die NATO bedeutend stärken und deren Mitgliedsstaaten entlasten. Diese Konstellation erklärt den enormen Zeitdruck, unter dem die westdeutschen militärischen Planer nach dem NATO-Beitritt standen. Adenauer steckte das Ziel in kaum erreichbare Höhen: »Die Aufstellung der vorgesehenen deutschen Divisionen wird etwa zweieinhalb Jahre in Anspruch nehmen.«

**»Solange wir nicht zur
NATO gehören, sind
wir im Falle eines
heißen Krieges zwischen
Sowjetrußland und den
Vereinigten Staaten
das europäische
Schlachtfeld [...]
und wenn wir in der
Atlantikpaktorganisation
sind, dann sind
wir dieses Schlachtfeld
nicht mehr.«**

Konrad Adenauer 1955

Mit dem Aufbau des neuen westdeutschen Militärs, das den Namen »Bundeswehr« erhielt, wurde der Anspruch verfolgt, etwas völlig Neues ohne Bezug zu belasteten Traditionen des deutschen Militärs bis 1945 zu schaffen. Konkrete Planungen zum Aufbau der Streitkräfte hatten bereits Ende der 1940er-Jahre mit Billigung der Bundesregierung und der Vereinigten Staaten begonnen. An diesen diskreten Arbeiten waren ehemalige Generale der Wehrmacht wie Adolf

Heusinger oder Hans Speidel beteiligt, die später führende Positionen in der Bundeswehr bekleiden sollten. Die Militärplaner standen trotz des Neuanfangs personell nicht vor dem völligen Nichts. Nach Kriegsende 1945 hatte zum Beispiel eine Reihe von deutschen Marinesoldaten ihren militärischen Dienst unter britischer Flagge fortgesetzt, unter anderem zum Zweck der Minenräumung auf See. 1951 war darüber hinaus der Bundesgrenzschutz gegründet worden, der zwar im Hinblick auf Ausrüstung und Personalstärke nicht als Ersatz oder Vorläufer einer regulären Armee bewertet werden kann, aber durchaus militärische Strukturen aufwies. Viele Angehörige dieser Organisationen traten später zur neu aufgestellten Bundeswehr über.

Erste Planungen

Anfangs erfolgten die Planungen zum Aufbau der westdeutschen Armee noch gar nicht mit Blick auf eine Mitgliedschaft in der NATO, sondern im Rahmen der Verhandlungen zum Aufbau einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Dieses Projekt scheiterte zwar 1954. Die EVG-Verhandlungen waren aber dennoch fruchtbar, da bereits detaillierte, später wieder aufgegriffene Konzepte zum Aufbau der Teilstreitkräfte entwickelt worden waren.

Im Rahmen dieser frühen Planungen deuteten sich bereits klare deutsche Interessen an. Westdeutschland sollte gemäß der Himmeroder Denkschrift von 1950 »soweit ostwärts wie möglich« mittels einer »beweglichen Kampfführung« verteidigt werden. Hintergrund waren zum einen Befürchtungen, die potentiellen NATO-Partner würden erst weit im Westen unter Preisgabe eines großen Teils der Bundesrepublik die Verteidigung gegen den sowjetischen Gegner aufnehmen. In der Tat reichten die konventionellen Streitkräfte der NATO vor dem Aufbau der Bundeswehr kaum dazu aus, auch nur die Rhein-IJssel-Linie zu verteidigen. Zum anderen zeigte sich, dass das Denken der militärischen Planer in Bonn stark von den Anfangserfolgen der deutschen Panzerwaffe im Zwei-

ten Weltkrieg geprägt war. Im Gegensatz zu einem als zu starr und unflexibel eingeschätzten Ansatz der US-Amerikaner und Briten vertrauten deutsche Offiziere weiterhin und trotz der Niederlage im Zweiten Weltkrieg auf die Überlegenheit beweglicher gepanzerter Verbände. Der Schwerpunkt lag entsprechend in diesem frühen Stadium der Planungen auf dem Heer, während einer westdeutschen Luftwaffe und Marine primär unterstützende Rollen zugeschrieben wurden.

Während die Planer im Hinblick auf die bewegliche Kriegsführung der Wehrmacht nachvollziehen wollten, distanzierten sie sich in einem anderen Punkt klar von den vorherigen Streitkräften: Das Verhältnis der Teilstreitkräfte zueinander sollte ohne Reibungsverluste gestaltet werden. Die einzelnen Wehrmachtteile hatten nämlich keiner übergeordneten militärischen Führung unterstanden. Bei Entscheidungsfindungen waren sie

von der Gunst Hitlers abhängig gewesen, was eine starke Rivalität der Teilstreitkräfte im Krieg zur Folge gehabt hatte. In der neuen westdeutschen Streitmacht sollten hingegen Heer, Luftwaffe und Marine gemeinsam einem verantwortlichen Inspekteur unterstehen.

Nachdem der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO 1954/55 vereinbart worden war, mussten die deutschen Konzepte zunächst in Einklang mit den Vorgaben des transatlantischen Bündnisses gebracht werden. Da dort im Rahmen der Strategie der »Massiven Vergeltung« zentral auf den Einsatz von Nuklearwaffen gesetzt wurde, kollidierten die NATO-Forderungen mit den deutschen Überlegungen. Die Allianz forderte eine wichtige Rolle einer deutschen Luftwaffe als Träger nuklearer Waffen – die freilich deutscher Kontrolle entzogen sein sollten – und eine größere Betonung der Infanterie im Verhältnis

zu Panzerverbänden. Infanterieverbände wurden als geeigneter betrachtet, den Gegner zu einer Konzentration seiner Streitkräfte zu zwingen, um diese dann wiederum mit Atomwaffen zu bekämpfen. Dieser Dissens wurde durch eine Reihe von Kompromisslösungen in den folgenden Jahren entschärft.

Aufstellung des Heeres

Zunächst folgte der Auftakt zum Aufbau der Bundeswehr. Am 12. November 1955 erhielten die ersten 101 Soldaten der neuen westdeutschen Streitkräfte in einer wenig feierlichen Zeremonie ihre Ernennungsurkunden. Dieser Tag gilt bis heute als Geburtsstunde der Bundeswehr. In der Wahrnehmung der damals Verantwortlichen stellte dieser Akt allerdings nur ein aus der Not geborenes, symbolisches Signal an die Öffentlichkeit und die Verbündeten dar, dass es nun endlich voranging. Der spätere Generalinspekteur Adolf Heusinger sah nicht diese »Schaunummer für die Presse«, sondern den Dienstbeginn in den Lehrkompanien der Teilstreitkräfte am 2. Januar 1956 als den eigentlichen Startschuss für die Bundeswehr an.

Mit der NATO war vereinbart worden, dass das Heer bis 1959 zwölf einsatzbereite Divisionen aufzustellen hatte. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten allerdings erhebliche Schwierigkeiten gemeistert werden. Der Bundeswehr gelang es während der zur gleichen Zeit boomenden Konjunktur kaum, genügend Personal zu gewinnen. Das Bundesfinanzministerium sperrte sich gegen starke Erhöhungen des Verteidigungsbudgets. Das größte Problem stellte allerdings der Mangel an Infrastruktur wie Unterkunftsgebäuden dar, die erst allmählich errichtet wurden. Im Jahr 1957 waren die ersten aufgestellten Divisionen daher stark unterbesetzt, im Mittel umfassten sie tatsächlich nur 40–60 Prozent des geforderten Personals.

Ursprünglich sollten die Divisionen in der Heeresstruktur 1 starke Panzeranteile aufweisen, dabei waren sie wenig an den Erfordernissen nuklearer Kriegsführung orientiert. Bereits 1958 wurde zur Heeresstruktur 2 umgegliedert. Ziel



Das Heer im Fokus: Die Bundeswehr hatte großes Interesse daran, starke konventionelle Kampftruppen aufzustellen, um den möglichen Einsatz von Nuklearwaffen zu begrenzen.

war zum einen eine Annäherung an die Vorstellungen der NATO, zum anderen eine Reduzierung des Personalaufwands. Das NATO-Hauptquartier hatte unterdessen einen höheren Anteil an Panzerverbänden in den neuen deutschen Divisionen akzeptiert. Im Ergebnis wurde die Anzahl der Kampfpanzer deutlich erhöht, so sollte eine Grenadierdivision nun 216 anstatt vormals nur 72, eine Panzerdivision 270 anstatt vormals 216 Kampfpanzer erhalten. Dafür wurde die Anzahl an Führungs- und Versorgungsfahrzeugen sowie der Personalaufwand verringert. In den Jahren 1956/57 wurden im Übrigen die drei deutschen Korps in Münster, Koblenz und Ulm aufgestellt, denen die neuen Divisionen unterstellt werden sollten.

Anfang 1956 musste Verteidigungsminister Theodor Blank die ursprünglich der Allianz versprochene Zahl von 605 000 Soldaten auf 500 000 verringern. Im Herbst des Jahres wurde Blank durch Franz Josef Strauß ersetzt. Ende 1956 musste Strauß der NATO gegenüber sogar erklären, dass man vorerst nur noch einen Personalaufwand von 350 000 Soldaten anstrebe. Ab 1957 nahm der Aufbau der Bundeswehr unter diesen realistischeren Bedingungen dann wirklich Fahrt auf. Im selben Jahr wurde die sogenannte Strategie der »Massiven Vergeltung«, die den massiven und unterschiedslosen Einsatz von Nuklearwaffen vorsah, zugunsten konventioneller Elemente aufgeweicht.

Das Ziel, insgesamt zwölf Divisionen aufzustellen, blieb dennoch weiterhin bestehen. Entsprechend mussten die Divisionsstärken herabgesetzt und kreative Lösungen gefunden werden. So wurden eine Gebirgsjäger- und eine Fallschirmjägerdivision aufgestellt, die ursprünglich lediglich als Brigaden konzipiert worden waren. Franz Josef Strauß berichtet in seinen Erinnerungen, dass ein Generalstabsoffizier, der im Januar 1957 bei einem Vortrag von einer »Gebirgsbrigade« gesprochen habe, von Generalleutnant Speidel mit dem Hinweis unterbrochen worden sei, es handle sich



nun um eine Division. Der Offizier habe pflichtgemäß geantwortet: »Dann haben wir in Garmisch nicht mehr die 101. Gebirgsjägerbrigade, sondern die 1. Gebirgsdivision!« Hierbei handelte es sich um Planungen, die wiederum nur teilweise umgesetzt wurden.

Da der Aufbau des Heeres unter hohem Zeitdruck stattfand, war in den ersten Jahren nicht an eine Ausstattung mit eigens für dessen Bedürfnisse entwickelten Rüstungsgütern zu denken. Vielmehr musste man das Wehrmaterial erwerben, das bereits verfügbar war. Daraus wurde zum Großteil Altmaterial der US-Amerikaner und Briten, wie der Kampfpanzer M 47, übernommen. Die Folge war ein umfangreicher und teils veralteter Waffenmix. Ein großer Teil des Heeres war Ende der 1950er-Jahre somit zwar auf dem Papier aufgestellt, an seiner Einsatzbereitschaft bestanden allerdings ernsthafte Zweifel.

Aufbau der Luftwaffe

Wie dargestellt bestand zwischen der Bundeswehrführung und der NATO ein Dissens hinsichtlich der Rolle von Atomwaffen in einem künftigen Krieg. Während die westdeutschen Militärplaner, die meist heeresgeprägt waren, für ein stärkeres Gewicht auf konventionelle Kräfte plädierten, spielten nukleare Waffen in den NATO-Konzepten eine größere Rolle. Konventionellen Truppen kamen hier eher defensive Aufgaben zu. Hier darf allerdings nicht

Geschätzt und gefürchtet: Der Wert der leistungsfähigen F-104 wurde durch zahlreiche Abstürze mit Todesfolge geschmälert.

unerwähnt bleiben, dass diese Frage auch in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien keineswegs unumstritten war. Die Luftwaffe stand im Zentrum der Auseinandersetzung, da sie als primärer Träger von Atomwaffen fungieren würde.

Ursprünglich war für die bundesdeutschen Luftstreitkräfte eine eher konventionelle Rolle vorgesehen. Entsprechend war zunächst geplant, eine Luftwaffe aufzustellen, die vor allem aus Jagdflugzeugen und Jagdbombern bestehen sollte. Im Herbst 1956 wies das NATO-Hauptquartier aber eine Änderung der Konzeption an. Die deutsche Luftwaffe sollte in die atomare Kriegsführung der Allianz integriert werden. Folglich wurden mehr Jagdbomber mit nuklearem Kampfauftrag und weniger Jagdflugzeuge gefordert. Dies war durchaus im Sinne der Luftwaffenführung, da sie so größeres politisches Gewicht im Gegensatz zum Heer erhielt. Die Rivalität zwischen den Teilstreitkräften lebte also

auch in der Bundeswehr fort; der Generalinspekteur hatte Mühe, zu vermitteln. Im Übrigen war der zweite Bundesverteidigungsminister, Franz Josef Strauß, ein Fürsprecher einer starken nuklearen Rolle der Luftstreitkräfte, da er sich für die Bundesregierung hierdurch ein größeres Mitspracherecht in der NATO erhoffte.

Mit der nuklearen Bewaffnung einher ging auch eine deutlich stärkere Verflechtung der Luftwaffe mit den NATO-Strukturen, hier insbesondere mit dem US-amerikanischen Verbündeten, als dies bei den anderen Teilstreitkräften der Fall war. Ab 1957 wurde die Luftwaffe voll in die taktisch-atomare Verteidigungsplanung der NATO integriert. Im Hinblick auf Einsatzplanung und Kriegsführung hob sie sich in der Folge immer mehr von Heer und Marine ab. Ein Beispiel sind die »pre-planned missions« für Piloten nuklear bestückter Jagdbomber, die eine konsequente Übernahme der US-amerikanischen Befehlstaktik erforderten. Die Luftwaffe kann im Übrigen auch militärikulturell als die am stärksten amerikanisierte Teilstreitkraft gelten. Dazu trug etwa bei, dass ein Großteil der Ausbildung vieler Luftwaffensoldaten in den USA erfolgte.

Die Luftstreitkräfte wurden, ebenso wie das Heer, unter enormem Zeitdruck aufgestellt. Auch sie konnten die überhöhten Forderungen kaum erfüllen. Folglich forcierte die Luftwaffenführung um den damaligen Inspekteur Generalleutnant Josef Kammhuber eine Konzentration auf nuklear bewaffnete Offensivkräfte. Damit einher gehen sollte eine Vernachlässigung der Luftverteidigung. Grundlage dieses Konzepts war der Umstand, dass die Mittel der NATO ohnehin nicht ausreichten, um den eigenen Luftraum gegen die überlegenen Luftflotten des Gegners zu schützen. Daher strebten die Militärplaner an, die feindlichen Offensivkräfte auf deren Territorium mittels Atomwaffen auszuschalten.

Hinsichtlich der Flugabwehr favorisierte die Luftwaffe mit Blick auf die begrenzten Ressourcen, wenn schon eine flächendeckende Verteidigung des Bundesgebiets nicht möglich war, einen starken »missile belt« entlang des Eisernen Vorhangs. Die NATO priorisierte allerdings den Schutz der atomar bewaffneten Bomberverbände weiter westlich. Wie so oft resultierte daraus ein Kompromiss: Entlang der Grenze wurden schwächere Luftverteidigungseinheiten stationiert, während stärkere die sensiblen Flugplätze im Westen schützen sollten.

Ähnlich wie das Heer übernahm auch die Luftwaffe anfangs Wehrmaterial der Verbündeten, da eigene Entwicklungen nicht verfügbar waren. Den größten Teil machten 450 Jagdbomber vom Typ F-84F aus den USA sowie 225 Jagdflugzeuge des Typs F-86 aus Kanada aus.

Zwar verfügte die Luftwaffe bald über genügend Flugzeuge, aufgrund des Personalmangels jedoch nicht über eine ausreichende Zahl Piloten.

Aufstellung der Marine

An den Auseinandersetzungen bezüglich der Rolle nuklearer beziehungsweise konventioneller Streitkräfte war die Marine eher weniger beteiligt. Die Aufgaben der westdeutschen Seestreitkräfte lagen nämlich von Beginn an im konventionellen Bereich, dies sollte sich im Grundsatz in den folgenden Jahrzehnten nicht ändern. Den Schwerpunkt der frühen Marineplanungen bildete die Ostsee. Absicht war es in erster Linie, im Kriegsfall die Ostseeausgänge zu sichern und feindlichen Schiffsverkehr in dem Binnenmeer zu unterbinden. Damit einher ging gemäß



Bundeswehr / Baumann

Zentraler Baustein für eine flexible schwimmende Verteidigung: Die Marine beschaffte frühzeitig Schnellboote zum Einsatz vor allem in der Ostsee.

der »Ur-Konzeption« der Bundesmarine vom Mai 1958 die Aufgabe, amphibische Landungsversuche des Gegners abzuwehren.

In der Ostsee sah man sich, genau wie an Land, mit einer überwältigenden numerischen Überlegenheit des Gegners konfrontiert, ganz besonders im Bereich der Marineflieger. Die Marineführung beurteilte die Lage für ihren Bereich allerdings noch düsterer als das Heer für seinen, denn keine der verbündeten Seestreitkräfte verfügte über ausreichend kleinere und bewegliche Fahrzeuge, die für den Einsatzraum Ostsee angepasst waren. Folglich würde die aufzustellende Bundesmarine im Baltischen Meer zunächst praktisch auf sich allein gestellt sein.

Zur Bewältigung ihrer Aufgaben plante die Marineführung, auf kleinere Seekriegsmittel wie Schnell- und U-Boote zurückzugreifen. Da diese aber als verletzlich und im Fall der Schnellboote als zu wetterabhängig eingeschätzt wurden, sollten ihnen Zerstörer zur Seite gestellt werden. Auch westdeutsche Marineflieger spielten eine wichtige Rolle in den Planungen: Sie sollten eigenen schwimmenden Einheiten Jagdschutz gewähren, gegnerische Verbände angreifen sowie aufklären. Der erste Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Friedrich Ruge, gab analog zu den Plänen des Heeres auf dem Festland für die Ostsee die Lösung aus, die Verteidigung möglichst weit vorne aufzunehmen. Jütland und die angrenzenden Gebiete seien aufgrund ihrer Flankenstellung für die Abwehr eines sowjetischen Angriffs auf Mitteleuropa von so großer Bedeutung, dass man in der Ostsee rasch mit eigenen offensiven Operationen beginnen müsse.

Hinsichtlich der Nordsee beschränkten sich die Marineplaner darauf, mittels Zerstörern, Fregatten und U-Booten dazu beizutragen, die eigenen Nachschubwege zu sichern. Sowohl in der Ost- als auch in der Nordsee sollte die Marine darüber hinaus in der Lage sein, Minen zu legen. Eine direkte Beteiligung an Geleitzügen auf dem Atlantik war noch nicht vorgesehen.

Wie Heer und Luftwaffe musste auch die Marine zunächst auf von den Ver-

bündeten überlassenes Wehrmaterial zurückgreifen. Die Vereinigten Staaten übergaben der Bundesrepublik zum Beispiel in den Jahren 1958 bis 1960 sechs Zerstörer der »Fletcher«-Klasse, die unter den Namen Zerstörer 1 bis Zerstörer 6 in der Bundesmarine Dienst taten. Die ersten Schnellboote konnte man vom britischen »Baltic Fishery Protection Service« übernehmen, in dessen Dienst deutsche Marinesoldaten bereits vor Gründung der Bundeswehr unter anderem Aufklärung in der Ostsee betrieben hatten. 1961 waren bereits 31 Schnellboote zugelaufen. Wie die anderen Teilstreitkräfte litt die Marine allerdings unter Personalmangel.

Langsame Konsolidierung

Ab Mitte der 1960er-Jahre trat die Bundeswehr in eine Phase der Konsolidierung ein, nachdem die Anfangsschwierigkeiten überwunden waren und die politischen Zielforderungen realistischer wurden. 1965 konnte das Heer die 12. Panzerdivision in Dienst stellen, damit war eine erste Wegmarke auf dem Papier erreicht. Der Aufbau war allerdings noch lange nicht abgeschlossen, denn die Schwierigkeiten in den Bereichen Personal, Material, Finanzen und Infrastruktur blieben teilweise bestehen. Die ab Ende der 1950er-Jahre absehbare Änderung der Bündnisstrategie hin zur stärkeren Betonung konventioneller Kriegsführung (»Flexible Response«) machte darüber hinaus wieder einen Wandel der Konzeption der Teilstreitkräfte notwendig.

Vor allem im materiellen Bereich trat ab 1960 eine deutliche Verbesserung ein, da sich die westdeutsche Rüstungsindustrie zu etablieren begann. So stellte das Gewehr G3 einen qualitativen Fortschritt zu seinen Vorgängermodellen dar. Mit dem »Leopard 1« wurde ab 1965/66 der erste größtenteils in der Bundesrepublik entwickelte Kampfpanzer an die Bundeswehr ausgeliefert. Darüber hinaus konnte auch höherwertiges Gerät aus dem Ausland in Lizenz gefertigt und weiterentwickelt werden. Ein Beispiel ist der von der Luftwaffe und Marine genutzte Lockheed F-104 »Star-

fighter«. Dieser machte auch deutlich, wie stark einzelne Entscheidungen wie Rüstungsbeschaffungen von der Bündnisstrategie abhängig waren: Das ursprünglich als Abfangjäger konstruierte Luftfahrzeug sollte als nuklear bestückter Jagdbomber sowie als Jäger und Aufklärer, also als Mehrzweckkampfflugzeug eingesetzt werden. Auf diese Weise wollte die Luftwaffe mit nur einem Flugzeug sowohl nuklearen als auch konventionellen Aufgaben nachkommen können. Die daraus resultierende hohe Komplexität und ständige technische Änderungen des »Starfighters« trugen zu zahlreichen Unfällen bei, die im medialen Echo als »Starfighter-Affäre« bekannt wurden.

Wurden mit der Aufstellung der Teilstreitkräfte der Bundeswehr die hochgesteckten Ziele der Politik erreicht? Wie so häufig lautet die Antwort: teilweise ja, teilweise nein. Für die Alliierten brachte der Aufbau der westdeutschen Streitkräfte zweifellos eine Entlastung. In den folgenden Jahren konnten einige NATO-Partner ihre Streitkräfte in Deutschland reduzieren. Starke Kontingente mehrerer Alliierter blieben aber weiterhin bis Anfang der 1990er-Jahre dort stationiert. Die Bundesrepublik war Mitte der 1960er-Jahre noch lange nicht vollständig souverän, mit dem politischen Gewicht eigener Streitkräfte und der Vertretung in den NATO-Gremien war sie diesem Ziel aber einen großen Schritt nähergekommen. Als Beleg für einen Sicherheitsgewinn mag gelten, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten niemals das Territorium der Bundesrepublik angriffen – die Abschreckung zeigte Wirkung und die Bundeswehr hatte ihren militärpolitischen Zweck trotz aller Startschwierigkeiten erfüllt.

Kapitänleutnant Mischa Bose ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich »Militärgeschichte nach 1945« am ZMSBw. Dort promoviert er zur Geschichte der Bundeswehr.

Literaturtipps

Martin Rink, *Die Bundeswehr 1950/55–1989, Berlin 2015*.

Partner im Einsatz

Eine Geschichte über die ersten Ortskräfte der Bundeswehr

Der Umgang der Bundesministerien mit afghanischen Ortskräften sorgte insbesondere nach dem überstürzten deutschen Abzug aus Afghanistan im Sommer 2021 für Diskussionen. Deutsche Ortskräfte sind indes kein neues Phänomen. Ihre Geschichte reicht bis in die Anfänge der deutschen Auslandseinsätze zurück. Auch war sie schon immer von Herausforderungen geprägt, wie ein Rückblick auf die Engagements der Bundeswehr in Kambodscha und Somalia zeigt.

Von Emma Bessi/Torsten Konopka



Über alle (deutschen) Grenzen hinweg: Der junge Phath Mey (rechts) hatte als ausländischer Vertragsarbeiter in der DDR Deutsch gelernt. Davon profitierte dann wiederum das deutsche UNTAC-Kontingent der Bundeswehr in Kambodscha 1992/1993.

Unter Ortskräften werden in der Regel Menschen verstanden, die von der Bundeswehr oder anderen deutschen Organisationen während eines Auslandseinsatzes für bestimmte Dienste angeworben werden. Sie verrichten also in ihrem Heimatland Arbeit für deutsche Kräfte und stehen dabei meistens in einem direkten oder indirekten Angestelltenverhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, ohne deutsche Staatsbürger zu sein. Häufig handelt es sich bei diesen Personen um Dolmetscher, Köche, Reinigungs- oder auch zivile Sicherheitskräfte. Insbesondere der Verbleib Tausender afghanischer Ortskräfte brachte diesen Personenkreis nach dem überstürzten deutschen Abzug 2021 aus Afghanistan prominent in die Medien und auf die Agenda der deutschen Politik. Die Anwerbung von Ortskräften durch die Bundeswehr – um die es im Folgenden geht – ist jedoch so alt wie die Geschichte der deutschen Auslandseinsätze selbst und schon immer von Herausforderungen geprägt gewesen.

Ortskräfte in Kambodscha

Der erste größere Kontingenteinsatz der Bundeswehr erfolgte Anfang der 1990er-Jahre in Kambodscha. 1991/92 nahmen hier zunächst bis zu 15 deutsche Soldaten an der Mission der Vereinten Nationen (VN) UNAMIC (United Nations Advance Mission in Cambodia) und im Anschluss 1992/93 drei Kontingente mit je etwa 150 Soldatinnen und Soldaten an der VN-Mission UNTAC (United Nations Transitional Authority in Cambodia) teil. Ihr nomineller Auftrag war die medizinische Versorgung anderer VN-Angehöriger. Da die Beteiligung im Narrativ der Bundesregierung aber ein »humanitärer Einsatz« war, behandelten die Sanitätskräfte auch im großen Stil einheimische Menschen. Ohne Erfahrungswerte zur medizinischen Versorgung einer ganzen Mission mit in der Spur fast 80 000 militärischen und zivilen Angehörigen, stieß das deutsche Kontingent bei seiner Auftragserfüllung sowie der Bewirtschaftung des ihm zum Betrieb eines Feldlazaretts zugewiesene-

nen Gebäudekomplexes an der Universität in Phnom Penh aber schnell an seine Grenzen. Außerplanmäßig stützten sich die deutschen Kontingente daher auch auf bis zu 72 kambodschanische Hilfskräfte ab, die von den VN kurzfristig über Zeitverträge finanziert wurden. Die Ortskräfte trugen unter anderem zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den verschiedenen Bereichen des Krankenhauses, einschließlich des Pflegebereichs, bei, in dem bis zu 40 Ortskräfte beschäftigt waren. Zudem waren diese in den Unterkunftsbereichen tätig und unterstützten bei der Zubereitung sowie Verteilung der Verpflegung. Nach entsprechender Anlernung in den jeweiligen medizinischen Fachbereichen halfen die Ortskräfte aber auch gelegentlich bei einfacher medizinischer Versorgung und unterstützten bei der Patientenkommunikation. Die für viele der deutschen Kräfte fremd anmutende Landessprache Khmer stellte sie häufiger vor Herausforderungen, hatten sie durch ihren täglichen Patientenkontakt doch einen intensiveren Austausch mit der lokalen Bevölkerung, als das in anderen Auslandseinsätzen normalerweise der Fall ist. Für eine Anamnese, aber auch bei der kurzfristigen Beschaffung von Medikamenten auf dem lokalen Markt, war die Kommunikation in Khmer unerlässlich. Der Nutzen des einheimischen Personals ging dabei weit über die schlichte Übersetzung hinaus. Es half auch, kulturelle und gesellschaftliche Hürden zu überwinden. Den Oralchirurgen und Zahnmedizinern konnten sie zum Beispiel erklären, dass viele Khmer notwendige zahnmedizinische Behandlungen deswegen ablehnten, weil sie glaubten, die Entfernung von Oberkieferzähnen führe zur Erblindung.

Gleichzeitig war die Anstellung von Einheimischen aber auch ein »Sicherheitsrisiko«, wie im Erfahrungsbericht vermerkt wurde. Wiederholt wurden Arbeitskräfte des Diebstahls von Verbrauchsgütern überführt, was die Zusammenarbeit zwischen kambodschanischem und deutschem Personal erschwerte. Die Vorfälle trugen dazu bei, dass es dem deutschen Kontingent zum Missfallen seines Kontingentführers,

Oberstarzt Peter Fraps, nicht gelang, im Rahmen einer umfangreicheren Fortbildung lokale Ärzte anzustellen und diese auf die Zeit nach dem deutschen Abzug vorzubereiten. Aufgrund der schlechten Infrastruktur im Land hätten diese nämlich im deutschen Feldlager untergebracht und versorgt werden müssen. Hierzu fehlte aber der Platz. Darüber hinaus verlangten die militärischen Regulieren, dass Zivilpersonal bei Alarm unverzüglich das Krankenhausareal zu verlassen hatte. Da es hierzu alle drei bis vier Tage kam, wurde eine intensivere Einbeziehung von Ortskräften erschwert. Die Arbeit des Hospitals endete daher mit Abzug der deutschen Kräfte, ohne dass das einheimische Gesundheitssystem nachhaltig von ihrem Einsatz profitiert hätte.

»Mit den Deutschen kamen die Engel!«

Während seines Betriebs zog das deutsche Hospital, von den Einheimischen »Haus der Engel« genannt, aber nicht nur Patienten aus einem großen Umkreis an, sondern auch viele junge Menschen auf der Suche nach Arbeit.

Im Rahmen der UNAMIC und UNTAC spielte die Einbindung von Ortskräften eine zentrale Rolle für den Erfolg des deutschen Engagements. Zwei exemplarische Fälle verdeutlichen dies: Bereits in den deutschen UNAMIC-Berichten wird von einem Kambodschaner, Herrn Bora – laut Zeitzeugen hieß er Touch mit Vornamen –, berichtet, der eine wertvolle Ortskraft gewesen sein soll. Er hatte eine Ausbildung zum Chemie-techniker und Wirtschaftsingenieur in der DDR absolviert, was ihn fachlich gut qualifizierte. Von der Bundeswehr angeworben, brachte er wichtige berufliche Erfahrungen und umfangreiche Kontakte zu kambodschanischen Behörden mit. Seine guten Deutschkenntnisse ermöglichen eine reibungslose Kommunikation mit den deutschen Soldaten und erleichterten die Verbindung zu lokalen Institutionen. Sein technisches Wissen half im medizinischen Bereich, insbesondere bei der Instandhaltung des Hospitalgebäudes. Während des ers-



Fest eingebunden: Zwei kambodschanische Ortskräfte versorgen einen einheimischen Patienten, Juli 1993.

ten deutschen UNTAC-Kontingents betrieb er außerdem ein kleines Café im Dachgeschoss des Hospitals. Seine Kenntnisse über die kambodschanische Kultur und Gesellschaft halfen zudem, Missverständnisse zu vermeiden und die deutschen Kräfte für lokale Angelegenheiten zu sensibilisieren. Potenzielle Fehler und Konflikte konnten so vermieden und die Effizienz des deutschen Kontingents gesteigert werden. Obwohl sich keine weiteren Informationen über Touch Boras Werdegang finden ließen, wurde sein Engagement in den vorhandenen Quellen sehr von den deutschen UNAMIC-Soldaten geschätzt, da er während ihres Einsatzes für Vertrauen und Stabilität sorgte.

Mehr als Übersetzer

Eine der ersten im Dienst der Bundeswehr stehenden Ortskräfte dürfte auch der damals 25-jährige Dolmetscher Phath Mey gewesen sein. Phath hatte 1986 nach seinem Schulabschluss ein Stipendium für ein Maschinenbaustudium in der DDR erhalten und Deutsch gelernt. Nach Abschluss des Studiums stellte ihn eine Druckerei ein, bis er 1990 aus familiären Gründen wieder nach Kambodscha zog, wo er aufgrund der Konfliktlage aber bis zum Beginn der

UNTAC arbeitslos blieb. Als Mey erfuhr, dass sich ein deutsches Kontingent in Phnom Penh befand, sah er eine gute Erwerbsmöglichkeit und suchte Verbindung. Das aufwachsende deutsche Kontingent war zu dieser Zeit dringend auf lokale Hilfe angewiesen. Der Leiter der Krankenhausapotheke, Oberstabsapotheker Wilfried Neuroth, erkannte die Fähigkeiten des jungen Mannes und versuchte, diese zum beidseitigen Gewinn zu nutzen. Unsicher über die VN-Regularien zahlte Neuroth Phaths Gehalt als Sprachmittler in Höhe von 150 D-Mark monatlich in den ersten drei Monaten zunächst selbst. In der zweiten Hälfte des ersten Kontingents wurde Phath durch die Bundeswehr angestellt und finanziert, ehe die Umwandlung in ein offizielles Dienstverhältnis der VN-Mission mit einer Vergütung von nun 250 Dollar monatlich gelang.

Phath diente allen drei deutschen Kontingenten und übernahm neben Übersetzungsdielen auch einfache Tätigkeiten im Sanitätsbereich. Als die Bundeswehr im November 1993 mit dem Ende der UNTAC aus Kambodscha abzog, blieb er in seiner Heimat. Die Verbindung zu Oberstabsapotheker Neuroth und anderen Kontingentangehörigen blieb jedoch bestehen. Über die Jahre entwickelten sich innige Freundschaften mit regelmäßigen Besuchen in Deutschland und Kambodscha.

Die Fälle von Herrn Bora und Herrn Mey belegen die Bedeutung, die Ortskräfte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr besitzen können. Ihre Ortskenntnisse und Sprachfähigkeiten waren wichtiger Bestandteil der erfolgreichen Durchführung der deutschen UNAMIC/UNTAC-Beteiligungen. Darüber hinaus trugen sie durch ihr persönliches Engagement und ihre Loyalität zur Stabilität und Effizienz der jeweiligen Kontingente bei.

Ortskräfte in Somalia

Somalia ist ein weiteres Beispiel der frühen deutschen Einsatzgeschichte, bei dem Ortskräfte eine Rolle spielten. Am Horn von Afrika nahm die Bundeswehr zwischen Mai 1993 und März 1994 in der Spitze mit über 1700 Soldatinnen und Soldaten an der United Nations Operation in Somalia II (UNOSOM II) teil. Geplanter Auftrag des deutschen Unterstützungsverbands war die logistische Versorgung anderer VN-Truppen. Das Feldlager der Bundeswehr lag im zentral-somalischen Beledweyne. Zu einem guten Teil hatte sie es von den im Sommer 1993 abziehenden Kräften aus Kanada übernommen, die Teil der vorangegan-

genen Unified Task Force (UNITAF) gewesen waren. Grundsätzlich sollten die Deutschen die Kanadier nicht ersetzen; im Gegensatz zu ihren NATO-Partnern war ihnen schon die Anwendung von militärischem Zwang zur Durchsetzung ihres Auftrags verboten. Neben umfangreichem Material übernahmen sie aber auch einige Dutzend somalische Ortskräfte. Die Somalier hatten zuvor mit ihren Familien auf dem Gelände gewohnt, das den Kanadiern zum Aufbau ihres Feldlagers zugewiesen worden war. Nur im Gegenzug zur Anstellung je eines Familienangehörigen hatten sie das Areal verlassen. Nicht also ihre Fähigkeiten waren bei der Einstellung gefragt gewesen, sondern ihre wohlwollende Billigung zum Aufwuchs des ausländischen Engagements.

Trotz der Übernahme der von den Kanadiern eingestellten Ortskräfte begann der deutsche Verband rasch, weitere Somalier anzuwerben. Ende September befanden sich offiziell 94 somalische Ortskräfte – darunter drei Frauen als Gehilfinnen im sanitätsdienstlichen Bereich – in seinen Diensten: 46 Arbeiter, 24 Dolmetscher, 15 Sicherungskräfte und acht Techniker. Ein somalischer Rechtsanwalt fungierte als Führer des somalischen Personals. Der deutsche Verband gehörte hierdurch zu den größten Arbeitgebern der Region. Bei den Sicherungskräften handelte es sich indes nicht um Wachpersonal im militärischen Sinn. Innerhalb des Feldlagers oblag diese Aufgabe zwei deutschen Sicherungskompanien. Weil Diebstähle und Eindringversuche aber schon bei den Kanadiern aufgetreten waren, wurden zum zusätzlichen Schutz auch einige Somalier mit Holzknüppeln zur Beobachtung vor dem Zaun des Camps postiert.

Die Ortskräfte lebten nicht zusammen mit den Deutschen im Lager. Sie kamen nur zur Arbeit ins Camp. Arbeitsrechtlich besaßen sie sich automatisch verlängernde Verträge mit einer Laufzeit von drei Monaten, ohne Kündigungsfrist. Abhängig von ihrer Beschäftigung erhielten sie einen – im Vergleich zu den übrigen Landesverhältnissen sehr hohen, aber offenbar geringfügig unter den VN-Vorschlägen liegenden – Monats-

lohn von 150 (Arbeiter), 300 (Dolmetscher, Techniker), 600 (Sicherungskräfte) oder 1200 US-Dollar (Führer des somalischen Personals). In Raten wurde ihnen dieser täglich in bar im Feldlager ausgezahlt.

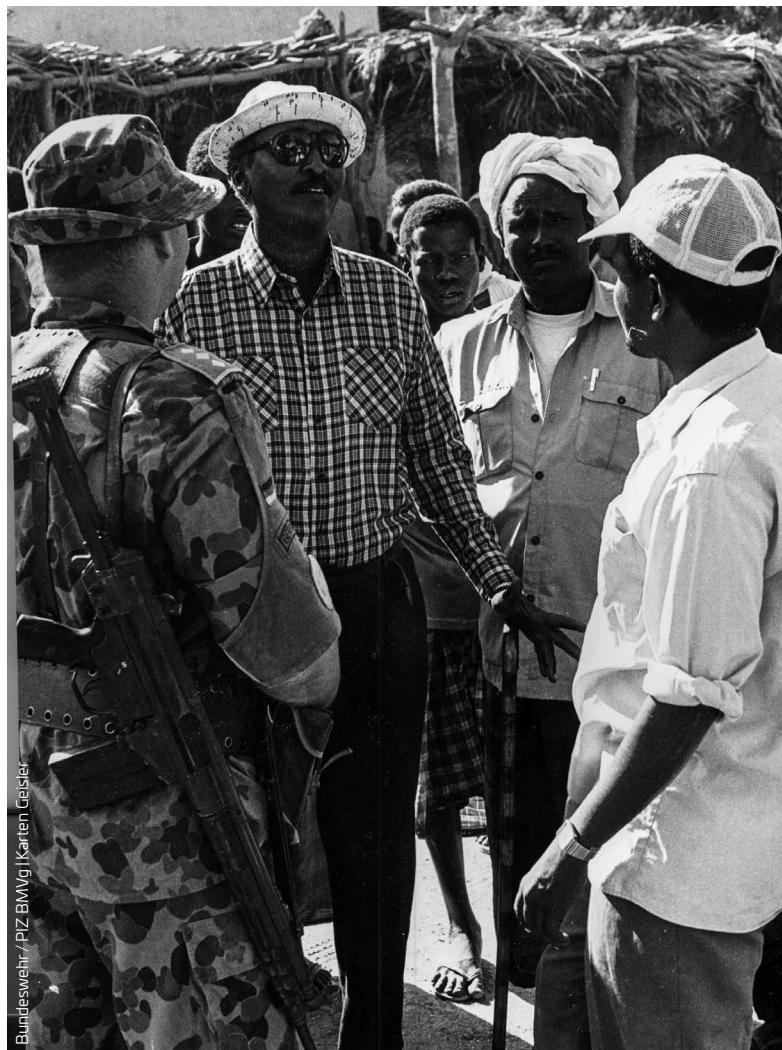
Welche Sicherheitskräfte?

Gerade die Finanzierung führte im Spätsommer 1993 aber zu Problemen. Laut UNOSOM-II-Richtlinien übernahmen die VN nur dann die Gehälter von Ortskräften, wenn diese über die Mission angestellt waren. Im Glauben, später von den VN refinanziert zu werden, hatte der deutsche Verband nach angeblich mündlicher Absprache mit dem UNOSOM-II-Hauptquartier jedoch von sich aus die Verträge von den Kanadi-

ern übernommen und eigenständig neue geschlossen, sodass die monatlichen Kosten von einigen Zehntausend D-Mark – insgesamt kosteten die Ortskräfte während des Einsatzes wohl rund 600 000 D-Mark – aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden mussten. Weil hierfür kein gesondertes Budget verbucht worden war, wies das einsatzführende III. Korps den Unterstützungsverband Ende August 1993 auf Weisung des Staatssekretärs Peter Wichert an, die Zahl der Ortskräfte durch behutsame Entlassungen auf 45 zu reduzieren und die noch verbleibenden Kräfte über die VN anzustellen. Letzteres blieb wohl ohne Erfolg.

Dass der deutsche Verband überhaupt Ortskräfte als Sicherungspersonal beschäftigte, war im Bonner Ministerium

Auf ortskundige Sprachmittler angewiesen: Somalische Dolmetscher unterstützen deutsche Soldaten bei der Operativen Kommunikation.



wohl nur durch Zufall und die dort kleinteilige Arbeitsweise aufgefallen. Zunächst hatte der Vorsitzende der deutschen Hilfsorganisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, in einer Pressemeldung am 11. August über horrende Löhne des deutschen Verbands für somalische Dolmetscher geklagt, welche die entwicklungspolitische Arbeit erschwerten. Dies veranlasste den Parlamentarischen Staatssekretär Bernd Wilz dazu, Nachforschungen anzuweisen.

Am 17. August versuchten zwölf Somalier, in das Südlager des deutschen Camps einzudringen. Die mit Knüppeln bewaffneten somalischen Sicherheitskräfte stoppten die Eindringlinge und alarmierten die deutschen Wachsoldaten. Dass in der entsprechenden Tagesmeldung des III. Korps von »somalischen Wachen« gesprochen wurde, sorgte im Ministerium, das sich über si-

cherheitsrelevante Vorfälle berichten ließ, für Irritationen. Von der Anstellung somalischer Sicherheitskräfte war hier offenbar nichts bekannt gewesen. In der internen Tagesmeldung an Staatssekretär Jörg Schönbohm wurde die Passage nach einiger Verwirrung um die Bezeichnung »somalische Wachen« vorsorglich gestrichen, intern jedoch weitere Prüfungen angeordnet. Diese legten die Anstellung der 94 Somalier offen und zog die Weisung zur Personalreduktion nach sich.

Friktionen

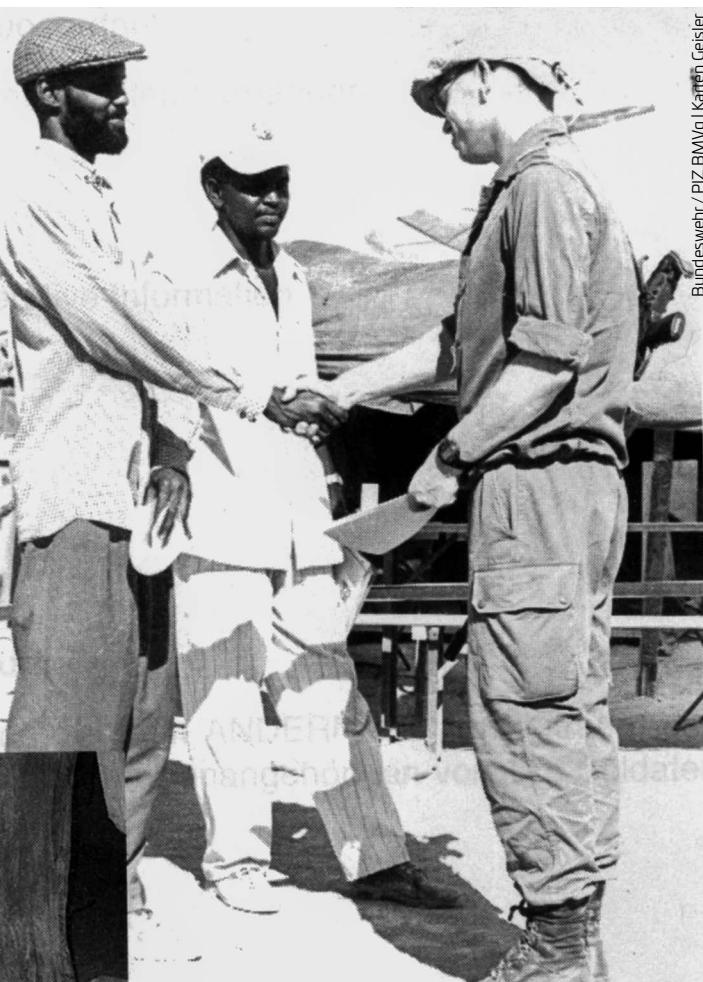
Als der deutsche Verband trotz bestehender Bedenken vor möglichen Konflikten Mitte September weisungsgemäß zehn Arbeiter und wenig später die 15 Sicherungskräfte entließ, kam es zum Eklat. Verärgert über die Auflösung

ihrer Verträge versammelten sich Letztere vor dem Zaun des Nordlagers und bedrohten die noch immer in Diensten der Deutschen stehenden somalischen Dolmetscher, die sie für ihre Entlassung verantwortlich machten. Auch fürchteten die entlassenen Somalier um ihr Wohlergehen, hatten sie zuvor doch teils unter eigener Gefährdung Diebstahl- und Eindringversuche anderer Somalier in das deutsche Feldlager verhindert. Nun sahen sie sich als Kollaborateure Anfeindungen der lokalen Bevölkerung ausgesetzt. In der Kündigung sahen sie zudem einen Bruch der Vereinbarung mit den Kanadiern, hatten sie das entsprechende Areal für die Errichtung des Feldlagers doch nur für eine Anstellung zur Verfügung gestellt. In einem Schreiben vermeintlicher Gemeindeältester an den Kommandeur des deutschen Verbands wurde dieser am 17. September 1993 zur sofortigen Räumung des Geländes aufgefordert. Andernfalls drohten die Somalier mit Konsequenzen. »A bullet through head«, so die Drohung in einem späteren Schreiben »can solve every problem« – »eine Kugel durch den Kopf kann jedes Problem lösen«.

Da ein gutes Verhältnis zur Bevölkerung als Voraussetzung für die Auftrags Erfüllung galt und es parallel zu Auseinandersetzungen zwischen Somaliern und ebenfalls im Raum operierenden italienischen Kräften kam, ruderten die Deutschen zurück. Zur Beruhigung der Situation billigte Staatssekretär Wichert Anfang Oktober den Stopp der Vertragsauflösungen und die Wiedereinstellung entlassener Ortskräfte, insofern diese nicht in anderen deutschen Projekten unterkommen konnten. Neueinstellungen wurden dem Verband jedoch untersagt.

Erfolgreicher Einsatz?

Trotz zunehmender Sicherheitsvorfälle zum Ende ihres Einsatzes, bei denen sogar eine Person, die in das Feldlager eingedrungen war, von einem deutschen Soldaten erschossen wurde, behielt der deutsch Verband hohes Ansehen in der Bevölkerung. Dies hing auch mit der Revision des politischen Entschlusses



Ende der Zusammenarbeit: Verabschiedung der Ortskräfte des Zuges für Operative Information durch den Zugführer Hauptmann Michael Matthes vor der Rückverlegung des deutschen Verbands im März 1994.
Bundeswehr / PIZ BMVg | Karsten Gesier

M 7/10
E.L. str 40/10

TO/ GERMANY HEADQUARTER FORCES HIRAN B/WEYN.

sub/ RECOGNITION.

MR. MAJOR Fallus man,

As you aware we are the landowners of your camp, who has been working with you honestly and hard working for the past months through our written agreement concerning our hirement. After you terminated us, cancelled the former agreement between us, we are suggesting you first to move from our area as soon as possible to stop any confliction arised that area of us. Be informed we are Somali who never tolerate any dipises, threatening and over powering, otherwise the result will be very serious and disappointed one.....

It is very strange to boss around in our homelands by foriegn like you... a bullet through head can solve every problem.

eventually we caannot stay any longer on your overpowering.

you are aware our last warning.

from yours faith ful,

- 1. Adan Elmi Aden.....
- 2. Mohamud Dualeh
- 3. Dahir Aden Zalal.....
- 4. Aidi Muhamed Jimbleh.....

27/09/93.

Dokument des Ärgers: Schreiben der Somalier als Antwort auf die Kündigung der Arbeitsverträge im September 1993.

zusammen: Mehrere Somalier wurden unverzüglich in humanitäre Hilfsprojekte eingebunden. Zusammen mit dem stetigen Informationsgewinn durch die somalischen Ortskräfte konnte der deutsche Verband seinen Einsatz im März 1994 beenden, ohne dass eigenes Personal durch gegnerische Einwirkung zu Schaden gekommen war.

Über den weiteren Verbleib der Ortskräfte oder den möglichen Wunsch, nach Deutschland übersiedeln zu dür-

fen, ist nichts bekannt. In den späteren Erfahrungsberichten spielten sie kaum eine Rolle. Teile des Lagers waren beim deutschen Abzug vorübergehend an malaysische Truppen übergeben worden, sodass die Arbeitsmöglichkeiten nicht abrupt geendet hatten. Obwohl Beledweyne im Juli 1994 von Anhängern des Milizenführers Mohammed Farah Aidid erobert und viele der von den Deutschen unterstützten Projekte zerstört wurden, war die weitere Ent-

wicklung in Somalia anscheinend weder für die Bundesregierung noch für die Bundeswehr von Belang. Aus ihrer Sicht war der Einsatz erfolgreich verlaufen und ein wichtiger Schritt der Bundeswehr von einer Armee der Landes- und Bündnisverteidigung hin zu einer Armee für den weltweiten Einsatz getan, bei dem Ortskräfte eine bedeutende Rolle spielen sollten, was sich später insbesondere in Afghanistan zeigte.

Herausforderungen

Bei den Entsendungen der Bundeswehr nach Kambodscha oder Somalia betraten die deutschen Kräfte Neuland. Prozesse mussten sich erst einspielen, interkulturelle Kompetenzen erst erlernt werden. Der Umgang der Bundeswehr mit Ortskräften war schon immer von Herausforderungen geprägt und ging nicht selten auf individuelle Bestrebungen und nicht auf einen geregelten Prozess zurück. Einerseits waren die Deutschen auf lokale Unterstützung angewiesen, andererseits sollte diese möglichst wenig kosten und keine langfristigen Forderungen gegenüber der Bundeswehr oder der Bundesrepublik nach sich ziehen. Eine wirkliche partnerschaftliche Zusammenarbeit wurde hierdurch häufig erschwert. Dennoch entwickelten sich zwischen Einzelpersonen enge Beziehungen und Freundschaften, die in Teilen über 30 Jahre andauern. Angesichts der Debatte um Afghanistan warten diese Geschichten nur darauf, stärker von der Forschung in den Blick genommen zu werden.

Emma Bessi ist freie Journalistin mit einem Schwerpunkt auf Krisen- und Auslandsberichterstattung. **Hauptmann Dr. Torsten Konopka** ist Militärhistoriker und forscht zu den Einsätzen der Bundeswehr.

Literaturtipp

Auch. Wir. Dienen. Deutschland. Über die Zusammenarbeit mit afghanischen Ortskräften während des ISAF-Einsatzes. Hrsg. von Nadine Düe und Fabian Forster, Bonn 2018.

Frauen an der Waffe

Geschichten über Kriegerinnen sind populär. Einige Kämpferinnen sind sogar historisch belegt. Viele von ihnen tarnten sich als Mann. Ob als Amazone, »Schildmaid« oder »Heilige Kämpferin« bezeichnet: Das Thema »Frauen an der Waffe« polarisiert.

Von Nils Birk

Ich bin kein Mann!

Jahrhundertealte Geschichten oder Streaming-Serien wie »Vikings« beeinflussen unser Bild von bewaffneten Frauen. Eine DNS-Analyse belegte 2017, dass es sich bei den menschlichen Überresten in einem der bekanntesten Wikingergräber im schwedischen Birka um ein weibliches Skelett handelt. Dass die Frau, die vor über 1000 Jahren gelebt hat, eine »Schildmaid« war, lassen die beigelegten Waffen vermuten. Auch wenn dies kein endgültiger Beweis ist, ist sie seither als »Kriegerin von Birka« bekannt.

Moderne DNS-Verfahren sind immun gegen Rollenstereotypen:

Das Skelett aus einem Wikingergrab ist weiblich und nicht, wie durch die Waffenbeigaben lange angenommen, männlich.



Geschlechtsneutrale Wehrpflicht = Gleichberechtigung?

Neben Norwegen, Schweden und Dänemark gilt die Wehrpflicht in einigen afrikanischen und asiatischen Ländern auch für Frauen. Während Skandinavien als emanzipatorisches Vorbild gilt, ...



... ist die Wehrpflicht in Nordkorea oder Eritrea ein Mittel staatlicher Unterdrückung. Eine geschlechtsneutrale Wehrpflicht ist also nicht zwangsläufig Symptom für gesellschaftliche Gleichberechtigung.



Weibliche Einsatzbereitschaft: Bundesgrenzschützerinnen im Mai 1988 kurz vor dem Abflug zum Truppenübungsplatz. Einige von ihnen wären im Kriegsfall bewaffnete Kombattantinnen gewesen.

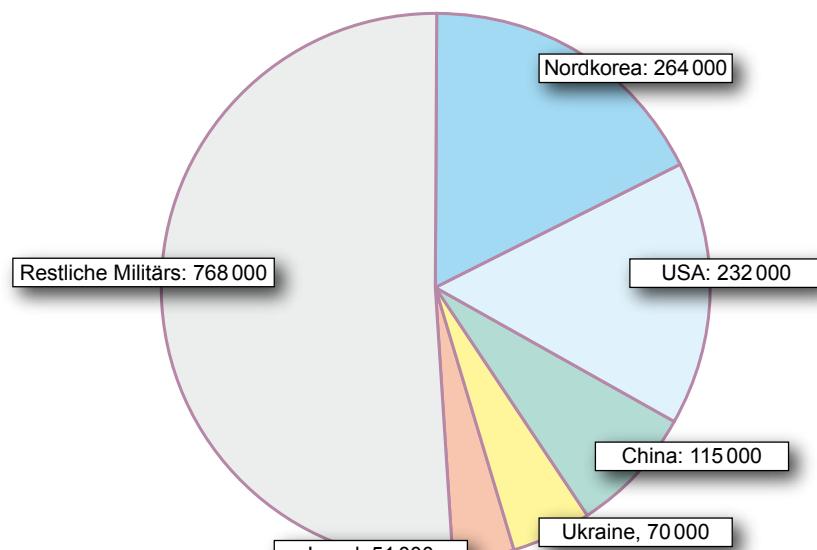
»Auf keinen Fall Dienst mit der Waffe«

In Westdeutschland durften Frauen im Verteidigungsfall »auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten« (Art. 12 a (4) GG, Fassung 1976). Die ersten Sanitätsoffizierinnen waren keine Kombattantinnen.

1987 stellte der Bundesgrenzschutz (BGS) jedoch im Rahmen eines Pilotprojekts erstmals Frauen ein. Bei der Bundeswehr löste dies Verwunderung aus: Galt das Verbot des Dienstes mit der Waffe nur für Soldatinnen? Hier stehen Frauen erst seit der Grundgesetzmänderung 2001 alle Laufbahnen offen. Grund für die frühere Entscheidung war die Auffassung, der BGS sei keine Streitkraft im Sinne des Grundgesetzes. Von der Wehrpflicht sind Frauen dennoch ausgenommen. Der entscheidende Passus im Grundgesetz lautet heute:

»[Frauen] dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.«

Wie viele Frauen sind »an der Waffe«?



Die ermittelten Werte weichen von den tatsächlichen Zahlen ab. Die aufgeführten Zahlen sind Annäherungen aus öffentlich zugänglichen Quellen.

©ZMSBw
09679-03

Die **Integration** von Frauen ins Militär habe, so die Befürchtung vieler Männer, negative Folgen für das interne Gefüge einer Armee. Das US-Militär führte in den 1970er-Jahren eine Reihe von Studien dazu durch. Das Ergebnis: Der Aufbruch einer reinen »Männergesellschaft« habe positive Folgen für die Disziplin und das soziale Miteinander. Mit Problemen im inneren Gefüge kämpfen Militärs seit Langem – Gewalt, Drogenmissbrauch oder Diskriminierung gab es hier bereits vor den ersten Soldatinnen.

Zwischen strategischem Kalkül und humanitärer Willkür

Der amerikanische Stützpunkt Diego Garcia und die Dekolonisation

Im Herbst 2024 beschloss die neue Labour-Regierung in Großbritannien, die Chagos-Inseln im Indischen Ozean an Mauritius zu übergeben. Jahrzehnte lang hatte sich Mauritius vergeblich hierum bemüht. Doch das Korallenatoll Diego Garcia bleibt für weitere 99 Jahre eine Militärbasis der Vereinigten Staaten von Amerika. Denn es ist für die USA von strategischer Bedeutung.

Von Gerhard Altmann

Diego Garcia ist das größte Atoll in der nahe der Malediven im Indischen Ozean gelegenen Chagos-Inselgruppe, die seit 1810 unter britischer Herrschaft steht. Bereits im Oktober 1965 beschloss das britische Kabinett die administrative Abtrennung Diego Garcias von den Chagos-Inseln, um das strategisch hochgradig attraktive Atoll den USA zu überlassen. Während Washington in den 1960er-Jahren im Indischen Ozean sowjetische Aktivitäten fürchtete, sind es heute nicht zuletzt die Ambitionen der Volksrepublik China, die die USA an Diego Garcia festhalten lassen. Wie kaum eine andere Episode der Dekolonisation versinnbildlicht der Disput um die Zugehörigkeit von Diego Garcia den nach 1945 ablaufenden Prozess einer neuzeitlichen *translatio imperii*, also der

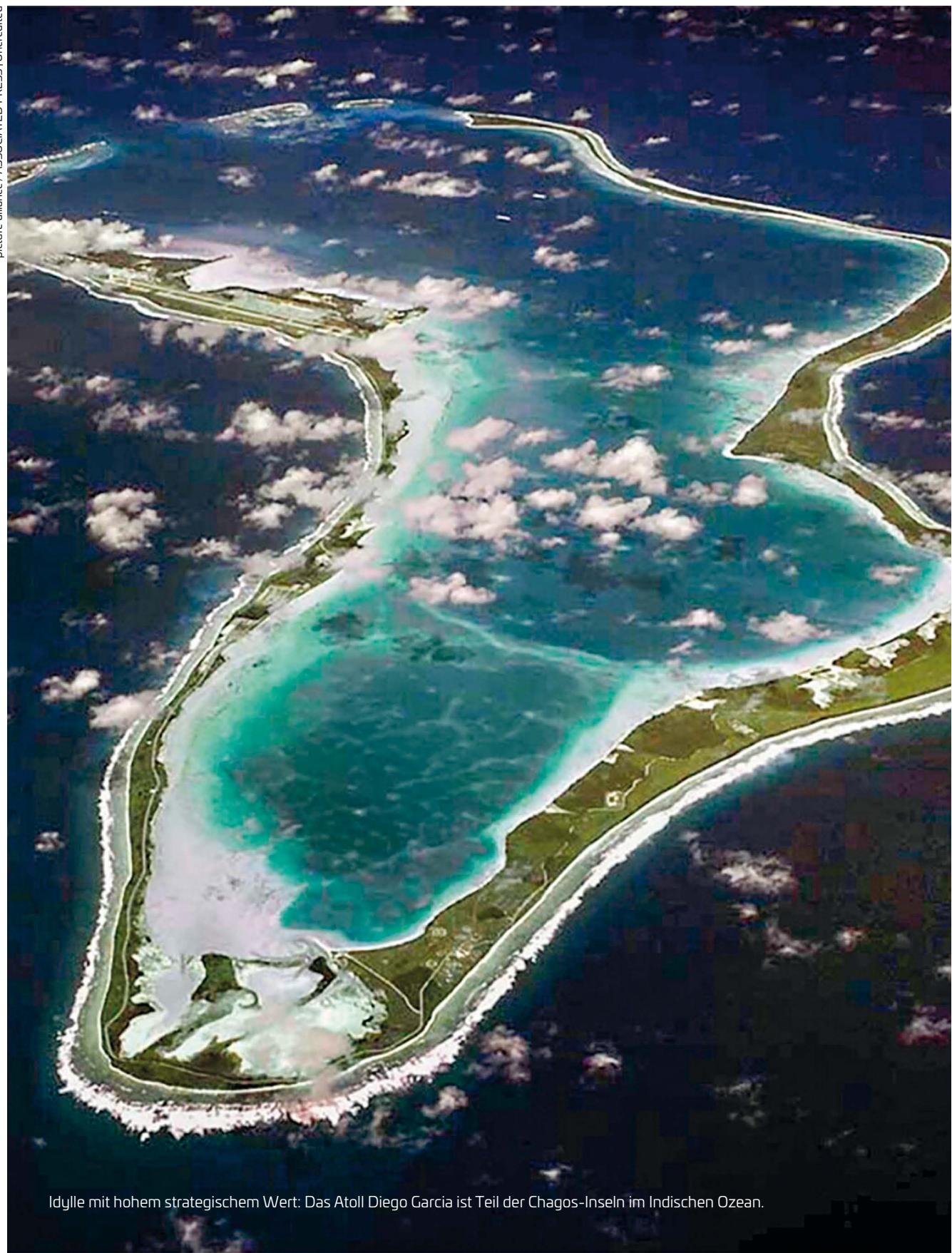
Ablösung des Britischen Empire als globaler Ordnungsmacht durch die Vereinigten Staaten. Um die Tragweite dieser Entwicklung verstehen zu können, muss man sechs Jahrzehnte zurückblicken, als selbst vermeintlich randständige Territorien zu einer strategischen Drehscheibe im Kalten Krieg werden konnten.

Verlust des britischen Empire

Noch im Frühjahr 1965 hatte der Labour-Premierminister Harold Wilson die Grenzen des Vereinigten Königreichs im Himalaja verortet. Doch diese markige Formulierung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Dekolonisation des britischen Imperiums bereits weit fortgeschritten war und im Prinzip nur noch kleinere, strategisch jedoch keines-

wegs unbedeutende Gebiete in Übersee der britischen Krone unterstanden. Die Logik des Kalten Kriegs sorgte allerdings dafür, dass sich die Regierungen der USA nicht mehr automatisch als Fürsprecher einer raschen Abwicklung der europäischen Imperien gerierten, wie dies – zumindest auf der rhetorischen Ebene – nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall gewesen war. Zum einen nämlich kam bereits seit den 1950er-Jahren ozeanischen Besitzungen der westlichen Alliierten im amerikanischen Konzept eine herausgehobene militärstrategische Bedeutung zu. Zum anderen gebot es die auf Eindämmung abzielende Strategie der USA während des Kalten Kriegs, den militärischen und weltanschaulichen Rivalen keine unnötigen Geländegevinne zuzugestehen.

picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Uncredited



Idylle mit hohem strategischem Wert: Das Atoll Diego Garcia ist Teil der Chagos-Inseln im Indischen Ozean.

Das Vereinigte Königreich seinerseits suchte seit den späten 1950er-Jahren nach Möglichkeiten, trotz des unvermeidlichen Abschieds vom Empire den weltpolitischen Status des Landes zu bewahren. Deshalb war es auch bereit, den amerikanischen Wunsch nach globalem *Burden Sharing* zu akzeptieren. Vor diesem Hintergrund fügt sich überdies die Frage nuklearer Teilhabe in die Geschichte der Abtretung von Diego Garcia: Im Dezember 1962 hatte der britische Premierminister Harold Macmillan dem US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy bei einem Treffen auf den Bahamas den Verkauf von »Polaris«-Raketen an Großbritannien abgerungen, welche dieses zum Aufbau einer U-Boot-gestützten Nuklearstreitmacht benötigten.

Das nach Unabhängigkeit strebende Mauritius war 1965 nicht in der Lage, die Angliederung der Chagos-Inseln zu erzwingen, und wurde von Großbritannien mit einem Betrag in Höhe von drei Millionen Pfund für das spätcoloniale Teilungssedikt abgefunden. Drei Jahre später erlangte Mauritius dann seine Unabhängigkeit, nachdem das ehemalige Mutterland im Herbst 1965 aus Teilen von Mauritius und der Seychellen das *British Indian Ocean Territory* (BIOT) geformt hatte – eines von 14 aktuell noch existierenden Britischen Überseeterritorien. Artikel 111 der Verfassung von Mauritius enthält bis heute den Anspruch, das Chagos-Archipel inklusive Diego Garcia als integralen Bestandteil des eigenen Staatsgebiets zu betrachten.

und ignorierte dabei die völkerrechtliche Maßgabe, welche eine Aufspaltung kolonialer Territorien im Vorfeld der Erlangung staatlicher Unabhängigkeit untersagte. Da sich der amerikanisch-britische Deal jedoch im Windschatten der Öffentlichkeit vollzog und in beiden Staaten drängendere Probleme – wie die schlechte Wirtschaftslage in Großbritannien und der Vietnamkrieg in den USA – die politische Agenda prägten, fand die Regierung von Mauritius anfangs keine Unterstützer in ihrem Protest gegen das spätimperiale Handeln. Dies änderte sich indes, als die britischen Behörden 1967 damit begannen, die Bewohner der Chagos-Inseln aus ihrer Heimat zu verdrängen. Zunächst setzten sie auf eine Taktik der Nadelstiche. So durften Inselbewohner, die sich zu einer medizinischen Behandlung in ein anderes Territorium begeben hatten, nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren. Vor Ort wurden die Versorgung mit Nahrungsmitteln eingeschränkt und Haustiere zwangsgeschlachtet. Im Oktober 1971 wurden die letzten Bewohner von Diego Garcia ausgesiedelt, im Mai 1973 verließ der letzte Alteingesessene die Chagos-Inseln. Der anschwellenden Kritik an diesem flagranten Verstoß gegen die Menschenrechte begegnete die Regierung in London mit der Behauptung, die Ausgewiesenen seien Wanderarbeiter gewesen, deren Verträge nun eben abgelaufen seien. Ebenso dreist wie berüchtigt war die Aussage eines britischen Diplomaten, dem zufolge lediglich Möwen das Atoll bewohnten.



tigte. Um den Briten die seit etwa 1960 erwogene Übereignung von Diego Garcia schmackhaft zu machen, gewährte die US-Administration dem finanziell klammen Königreich einen Abschlag von 14 Millionen Dollar auf den Kauf der »Polaris«-Raketen. Die Abtretung von Diego Garcia wurde von beiden Regierungen dann in Form eines diplomatisch niederschwelligen Notenaustausches finalisiert. Sie verzichteten bewusst auf einen Vertrag, der den Parlamenten weiterreichende Informations- und Mitwirkungsrechte eingeräumt hätte.

Den Umstand, dass die Sowjetunion ausgerechnet im Jahr der mauritischen Unabhängigkeit erstmals einen Flottenverband in den Indischen Ozean entsandte, konnte man in Washington und London als nachträgliche Rechtfertigung für das eigene Vorgehen verstehen.

Gegen das Völkerrecht

Der Entschluss der britischen Regierung, zunächst die Chagos-Inseln von Mauritius und dann Diego Garcia vom Chagos-Archipel zu trennen, fußte auf einem bündnisstrategischen Kalkül

US-Interessen

Die meisten ehemaligen Chagossianer wurden in Mauritius und auf den Seychellen angesiedelt, wo sie – finanziell meist unzureichend abgefunden – zum Teil unter erbärmlichen sozialen Umständen und isoliert von der heimischen Bevölkerung eine neue Existenz aufzubauen mussten. Die Verantwortlichen in London und Washington schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu: In den USA hielt man zunächst an der Legende von der menschenleeren Inselgruppe fest. Als diese nicht mehr zu ver-

Show of Force: Angehörige der US-Luftwaffe auf dem Marinestützpunkt Diego Garcia vor dem Tarnkappenbomber B-2, 31. August 2020.



picture alliance / ZUMAPRESS.com / U.S. Air Force

teidigen war, zeigte man mit dem Finger auf die Briten, von denen man das Gebiet schließlich nur gepachtet habe. Die Regierenden in London wiederum brieften sich auf die Entschädigungszahlungen an Mauritius, womit die Sache aus ihrer Sicht erledigt sei. Anders als in Amerika gelang es den Verantwortlichen in Großbritannien sogar noch 1975, das Erscheinen eines kritischen Zeitschriftenartikels, der das Schicksal der vertriebenen Chagossianer beleuchtete, unter Verweis auf nationale Sicherheitsinteressen zu vereiteln.

Unterdessen wuchs die militärische Bedeutung von Diego Garcia für die Vereinigten Staaten. Die Lagune bot bis zu dreißig Schiffen der US Navy Platz, und Mitte der 1970er-Jahre gewährte der US-Kongress Mittel zur Verlängerung der Landebahn, was es den B-52-Langstreckenbombern erlaubte, von Diego Garcia aus zu operieren. Und im Sommer 1975 entdeckten US-Spionageflugzeuge sowjetische Militäreinrichtungen im somalischen Berbera, welche eine Gefahr für die US-Marine am Horn von Afrika darstellten. Der Sturz des proamerikanischen Regimes des Schahs von Persien sowie die sowjetische Invasion Afghanistan im Jahr 1979 erhöhten die strategische Relevanz Diego Garcias für die amerikanischen Streitkräfte weiter, zumal das vom Kreml gestützte Regime des Südjemen die prowestliche Regierung im Nordteil des damals geteilten Landes

zu unterminieren versuchte. Der Kalte Krieg hielt also auch die Anrainer des Indischen Ozeans pausenlos in Atem.

Unter den Präsidenten Jimmy Carter und Ronald Reagan wurde der Stützpunkt Diego Garcia ausgebaut, um dort eine Flugzeugträgerkampfgruppe und eine schnelle Eingreiftruppe der US Navy stationieren zu können.

Aktuelle Bedeutung

Im Jahr 2000 entschied schließlich der High Court of Justice in London, dass die vertriebenen Bewohner der Chagos-Inseln ein Recht auf Rückkehr hätten. Davon ausgenommen war lediglich Diego Garcia, womit die amerikanischen Sicherheitsinteressen berücksichtigt wurden. Da der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ausgerufene »Krieg gegen den Terror« und die Invasion im Irak 2003 Diego Garcia zu einem zentralen Stützpunkt für die Betankung von Militärflugzeugen machten, verbot die Regierung die Wiederbesiedlung des BIOT. Dieser politisch-juristische Schachzug wurde 2008 und erneut 2016 höchstinstanzlich bestätigt.

Lässt man die Ereignisse der vergangenen sechs Jahrzehnte Revue passieren, mutet die Entscheidung der britischen Regierung vom Herbst 2024, die Souveränität über das Chagos-Archipel an Mauritius zu übertragen, geradezu revolutionär an. Offensichtlich möchte man

in London eines der letzten Überbleibsel aus der Zeit des Empire loswerden, das dem Ansehen des Landes zusehends geschadet hat. Der Entschluss lässt sich zudem als Bekenntnis Londons zu regelbasierten internationalen Beziehungen interpretieren – und somit als Abgrenzung gegenüber jenen Mächten, die eine solche Ordnung als illegitime Einschränkung ihrer nationalen Interessen ablehnen. Ausgeschlossen von der britischen Kehrtwende bleibt Diego Garcia. Das US-Bombardement von Stellungen der Houthi-Rebellen im Jemen Mitte März 2025 und die Verlegung von B-2-Tarnkappenbomben dorthin haben abermals die herausragende strategische Bedeutung des Stützpunkts vor Augen geführt. US-Präsident Donald Trump hat Premierminister Keir Starmer unterdessen grünes Licht für den Deal mit Mauritius gegeben. Schließlich wird sich ja für die Vereinigten Staaten nichts ändern.

Dr. Gerhard Altmann ist im baden-württembergischen Schuldienst tätig und wurde an der Universität Freiburg mit einer Arbeit zur inneren Dekolonisation Großbritanniens promoviert.

Literaturtipp

Gerhard Altmann, *Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945–1985*, Göttingen 2005.

Eine »Ehrenformation der Bundeswehr«?

Von Klaus Storkmann

Bundeswehr oder Bundesgrenzschutz? Selbst eine renommierte große deutsche Tageszeitung ließ im Februar 2025 in ihrer Bildunterschrift zum nebenstehenden Foto Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Bundeswehr-Ehrenformation abschreiten. Doch tat er das wirklich? Ein Abgleich mit Bilddatenbanken ergab: Aufgenommen wurde das Foto an Adenauers 87. Geburtstag, am 5. Januar 1963, im Park des Palais Schaumburg in Bonn, das bis 1978 Amtssitz des Bundeskanzlers war und im Hintergrund zu sehen ist.

Tatsächlich sehen wir hier keine Ehrenformation der Bundeswehr, sondern eine des Bundesgrenzschutzes. Der BGS war älter als Bundeswehr. 1951 wurden die ersten Verbände des Grenzschutzes aufgestellt und dessen zu erreichende Stärke auf 10 000 Mann festgelegt. 1953 wurde die Sollstärke auf 20 000 erhöht, bis 1955 war eine Ist-Stärke von 16 400 erreicht. Diese Männer (und es waren zunächst nur Männer) trugen als Dienstanzug der ersten Generation eine flapsig als »Eisenhowerjacke« bezeichnete Rundbundbluse, dazu Keilhose und Bergmütze aus Beständen der Gebirgsjäger der Wehrmacht, die aber schwarzgrün gefärbt waren. Auf dem Foto klar zu erkennen und am markantesten waren die aus der Wehrmacht übernommenen, aber nun in Schwarzgrün umgespritzten Stahlhelme. Nicht aus Wehrmachtsbeständen stammte dagegen das hier zu sehende belgische Sturmgewehr FN FAL, das in der Bundeswehr als Gewehr G1 genutzt wurde. Schwerer auf dem Foto zu erkennen: Als Schulterstücke übernahm der BGS die Abzeichen früherer Polizeien, wie sie in der Weimarer Republik, aber auch von der Ordnungspolizei in der NS-Zeit geführt wurden. Aber damit stand der BGS nicht allein dar. Bis in die 1960er-Jahre waren sehr ähnliche oder identische Schulterstücke auch an den Uniformen der Landespolizeien zu finden. Im Foto sichtbar sind die silbern geflochtenen Schulterstücke des Offiziers neben Adenauer. Die Angehörigen des gehobenen und höheren Dienstes im BGS führte bis 1976 die klassischen militärischen Offizierdienstgrade vom Leutnant bis zum Generalmajor. Sie trugen auf der Schulter die von früheren deutschen Polizei- und Militäruniformen bekannten silbernen Plattschnüre mit goldenen Sternen, Majore, Oberstleutnante und Oberste in der geflochtenen Variante. Leutnante und Majore trugen, wie bei den älteren Uni-

formen Usus, keine Sterne auf ihren silbernen Schulterstücken. Generale führten an ihren Uniformen in deutscher Militätradition als Kragenspiegel die Alt-Larisch-Stickerei auf der dunkelgrünen Kragenplatte. Ihre Schulterstücke waren silber-gold geflochten. Ab 1952 wurde an allen Uniformen ein Ärmelschild mit einem silberfarbenen Bundesadler auf dem linken Oberarm getragen. Das Wappen an den Mänteln ist im Foto sehr gut zu erkennen.



Eher paramilitärisch als polizeilich organisiert, ausgebildet und ausgerüstet, wurde der BGS ab Ende 1955 zur wichtigsten Personalressource der aufzustellenden Bundeswehr. 57 Prozent der BGS-Angehörigen wechselten zu den neuen Streitkräften: knapp 600 Offiziere, knapp 3000 Unteroffiziere und 6800 Mannschaften im Dienstgrad Grenzjäger.

Der BGS blieb auch nach Gründung der Bundeswehr als eigenständige »Polizei des Bundes« neben denen der Bundesländer bestehen. Zu seinen Aufgaben gehörten neben der namensgebenden Überwachung der Grenzen und der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs unter anderem der Schutz der Dienstsitze, der Amtsinhaber der Bundesregierung und der anderen Verfassungsorgane des Bundes. Seine Uniformen wurden 1976 denen der Landespolizeien angepasst. Die Schulterstücke alter Polizeitradition und die militärähnlichen Kragenspiegel wurden aber noch bis zum Jahr 2001 beibehalten. 2005 wurde der BGS in Bundespolizei umbenannt, deren Uniformen wurden seitdem mehrfach abgeändert.

Quellenkritik gehört zum Handwerk des Historikers. Auch Fotos sind Quellen, die kritisch zu hinterfragen sind. Fehlzuordnungen oder -interpretationen können passieren, aber so auch ungewollt Falschinformationen verbreiten. Vor allem online finden aufmerksame Leserinnen und Leser oft Fotos, die nicht zum Thema eines Artikels passen und/oder nicht das zeigen, was in der Bildunterschrift angegeben wird. Online-Redaktionen arbeiten unter großem Zeitdruck und müssen immer mehr immer schneller »liefern«. Das hier diskutierte Foto war in einem Artikel der Rubrik »Wirtschaft« erschienen und hatte die zukünftigen Verteidigungsausgaben zum Thema. Der Fokus des Wirtschaftsredakteurs lag hier also nicht auf der historischen Perspektive und auch nicht auf der wohl eher zufällig aus einer Bilddatenbank ausgewählten Abbildung. Nach einem Hinweis hat die betroffene Redaktion die Bildunterschrift geändert.



picture alliance / Wolfgang Hub | Wolfgang Hub

Blutsonntag in Vilnius

13. Januar 1991



picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Alexander Zemlianichenko

Sowjetische Panzer in Litauens Hauptstadt: 15 Tote und 100 Verletzte sind die traurige Bilanz des »Blutsonntags« in Vilnius.

Die 20-Uhr-Tagesschau eröffnete am 13. Januar 1991 mit folgender Nachricht: »In Litauen hat praktisch die Sowjetarmee die Macht übernommen. Beim Vormarsch der Panzer in Wilna gab es Tote und Verletzte.« Das sowjetische Militär halte alle wichtigen Punkte in der Hauptstadt besetzt. Aber: »Nach wie vor versuchen zehntausende Menschen, die Erstürmung des Parlaments zu verhindern.«

Knapp ein Jahr zuvor, am 11. März 1990, hatte der erstmals frei gewählte Oberste Sowjet der litauischen Sowjetrepublik für die Unabhängigkeit und die Wiederherstellung der 1940 besetzten Republik Litauen gestimmt. Die Litauer (wie auch die Letten und Esten) ließen sich durch eine Wirtschaftsblockade nicht von ihrem Streben nach Freiheit abbringen. Der erst im Dezember 1990 mit dem Friedensnobelpreis geehrte sowjetische Präsident Michail Gorbatschow ließ Panzer rollen. Diese gehörten zur in Vilnius stationierten 107. Mot.

Schützendivision. Zusätzlich waren am 8. und 9. Januar die im russischen Pskow stationierte 76. Gardeluftlandedivision und die »Alfa«-Spezialeinheiten des Geheimdienstes KGB als Verstärkung nach Litauen gebracht worden. Am Freitag, den 11. Januar, und am Tag darauf besetzen sie die Gebäude des im Aufbau befindlichen litauischen Verteidigungsministeriums, der Polizei und erste Medieneinrichtungen. Rund um den Fernsehturm und das Sendezentrum hatten sich Menschen zu deren Verteidigung versammelt. Am Sonntag, um 1.50 Uhr nachts fielen dort Schüsse. Elf Demonstranten wurden tödlich getroffen, zudem ein Leutnant der »Alfa«-Einheit durch *friendly fire*. Zwei Demonstranten wurden von Panzern zerquetscht. Ein Demonstrant erlitt einen tödlichen Herzinfarkt. Nach knapp zehn Minuten hatten die Soldaten das Sendezentrum erstürmt, die letzten Sekunden der Livesendung zeigen einen Soldaten auf die Kamera im Studio zu-

rennen. Die friedliche Verteidigung des Parlamentsgebäudes dagegen glückte. 20 000 Menschen hatten sich in der Nacht dort versammelt, 50 000 waren es am Sonntag. Es kam der Befehl zum Rückzug der sowjetischen Truppen.

In der Tagesschau jenes Sonntags hieß es, die »sowjetische Zentralregierung hat die nach Unabhängigkeit strebende Baltenrepublik Litauen weitgehend unter ihre Kontrolle gebracht« – eine fundamentale Fehleinschätzung. Im August 1991 wiederholte sich das Geschehen von Vilnius nahezu eins zu eins in Moskau. Nach Scheitern des Putsches gegen Gorbatschow entließ die nun rasant zusammenbrechende Sowjetunion Litauen am 6. September 1991 in die Unabhängigkeit. Noch zwei Jahre verblieb die 107. Mot. Schützendivision in Vilnius. 1993 wurden sie und die letzten anderen Verbände nach Russland verlegt.

Klaus Storkmann

Tod von Queen Victoria

22. Januar 1901

Am 24. Mai 1819 wurde Prinzessin Alexandrina Victoria von Kent geboren. Ihre Mutter stammte aus dem Hause Sachsen-Coburg-Saalfeld und ihr Vater war der Duke of Kent. Als der britische König William IV. am 20. Juni 1837 starb, folgte ihm gemäß Erbfolge Victoria auf den Thron. Damit endete auch die Personalunion mit dem Hause Hannover, das fortan ein eigenständiges deutsches Königreich war. Am 28. Juni 1838 wurde Victoria gekrönt. Sie heiratete 1840 ihren Vetter Albert aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha, mit dem sie neun Kinder bekam.

Während des Krimkrieges (1853–1856) zeigte sie ein großes Interesse an der bri-

tischen Armee und setzte sich für die Versorgung der Soldaten ein. Am 29. Januar 1856 stiftete sie mit dem Victoria-Kreuz erstmals in Großbritannien eine Auszeichnung, die an alle Dienstgrade als höchste Auszeichnung für Tapferkeit im Gefecht verliehen wird – bis heute. Erstmals erfolgte dies am 26. Juni 1857.

Am 1. Mai 1876 wurde Victoria auch Kaiserin von Indien. Das Empire stand auf dem Zenit seiner Macht. In Europa gab es seit den napoleonischen Kriegen keine ausufernden Großmachtkonflikte mehr. Jene Ära wird in Anlehnung an die Pax Romana auch als Pax Britannica bezeichnet. Doch in Victorias Regierungszeit fielen mit dem Indischen Auf-

stand (1857), dem Mahdi-Aufstand (1881–1899) und den Burenkriegen (1880/81 und 1899–1902) auch blutige Kolonialkriege.

Als Victoria am 22. Januar 1901 in Osborne verstarb, war an der Seite ihres Sohnes Albert Eduard auch ihr Enkel Kaiser Wilhelm II. zugegen. Ein nach ihr benanntes und romantisch verklärtes Zeitalter hatte sein Ende gefunden. Wegen ihrer 40 Enkel und mehr als doppelt so vielen Urenkel wird sie auch als die »Großmutter Europas« bezeichnet. In fast allen europäischen Monarchien leben noch heute Nachfahren von ihr.

Christian Jentzsch

Remilitarisierung des Rheinlands

7. März 1936

Am Morgen des 7. März 1936 marschierten circa 30 000 deutsche Soldaten in das demilitarisierte Rheinland ein. Die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene Friedensordnung hatte einen weiteren, heftigen Schlag erlitten.

Der Versailler Vertrag von 1919 hatte die Präsenz deutscher Streitkräfte auf dem linken Rheinufer sowie in einem 50 Kilometer breiten Streifen ostwärts des Stroms verboten, was durch den Vertrag von Locarno 1925 nochmals bekräftigt wurde. Die Revision des Versailler Vertrages blieb jedoch parteiübergreifend ein wesentliches Ziel deutscher Außenpolitik.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten war es der Abschluss eines französisch-sowjetischen Beistandsabkommens 1935, das den Stein in der Rheinland-Frage ins Rollen brachte. Das Auswärtige Amt sah das Locarno-Ab-

kommen als entwertet, die hierdurch geschaffene Sicherheit Deutschlands als bedroht an. Daher bereitete es Verhandlungen über eine Auflösung der demilitarisierten Zone vor. Gleichzeitig warnte die Wehrmachtführung vor den Folgen



BArch, Bild 183-SG04233 / o. Ang.

Deutsche Infanterie marschiert über die Hohenzollernbrücke in Köln.

einer Militäraktion. Doch Hitler überspielte Diplomaten und Militärs mit seiner Politik des »Alles-oder-Nichts«: Am 2. März 1936 erging der Befehl zum Einmarsch; das Kabinett informierte Hitler am Tag darauf. Der besagte französisch-sowjetische Beistandspakt diente als Vorwand. Die 48 Stunden nach Beginn der Besetzung waren, so soll es Hitler später gesagt haben, »die aufregendste Zeitspanne in meinem Leben [...] Wären die Franzosen damals ins Rheinland eingerückt, hätten wir uns mit Schimpf und Schande wieder zurückziehen müssen.« Eine Intervention Frankreichs blieb jedoch aus, da die Unterstützung Großbritanniens fehlte. Die Remilitarisierung des Rheinlands hatte keine negativen Folgen für das Regime, das bereits massiv für einen neuen Krieg in Europa aufrüstete ließ.

Dennis Werberg

Erlernen des Gefechts der verbundenen Waffen

Die Schlacht von Verdun 1916

Einer der Namen, die bis heute untrennbar mit dem Ersten Weltkrieg verbunden bleiben: Verdun. Die dortige Festung galt als uneinnehmbar. Dennoch wählte der deutsche Chef des Generalstabes des Feldheeres, Erich von Falkenhayn, den Ort aus, um eine Kriegsentscheidung an der Westfront herbeizuführen. Ein schneller Sieg gelang nicht. Stattdessen kämpften sich die Truppen 300 Tage fest. Die Zeit der großen Materialschlachten begann.

Von Christian Stachelbeck

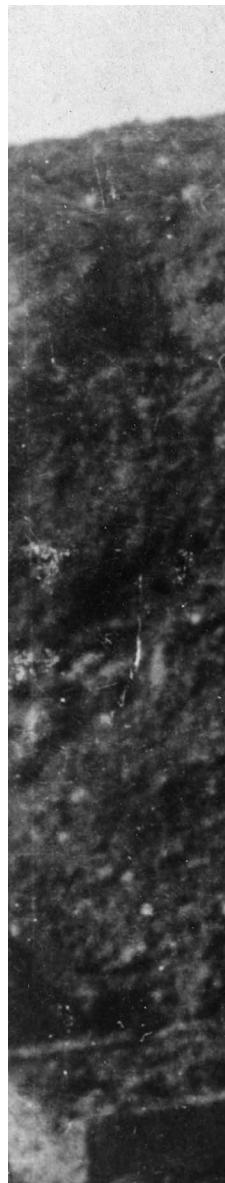
Am 21. Februar 1916 begannen deutsche Truppen der 5. Armee an der Westfront ihren Angriff auf die französische Festung Verdun (Deckname: »Operation Gericht«). Die bis Mitte Dezember 1916 anhaltenden Gefechte vor Verdun stehen bis heute beispielhaft für den mit moderner Waffentechnik wie Maschinengewehren und Flammenwerfern geführten Stellungskrieg und auch die Materialschlachten des Ersten Weltkrieges. Die erbitterten Kämpfe spiegeln darüber hinaus das unermessliche Leid und das millionenfache Sterben auf den Schlachtfeldern. Den Teilnehmern, aber auch vielen Menschen in Deutschland blieb die Schlacht als »Blutmühle von Verdun« in fester Erinnerung. Niemals zuvor hatte eine Schlacht im Landkrieg länger angedauert. Grund dafür war die

von einigen Generalen 1915 entwickelte Idee der Abnutzung oder auch Zermürbung oder Ermattung des Gegners. Schon die ersten Kriegserfahrungen des Jahres 1914 lehrten die Heeresführungen, dass Durchbruchsversuche von Stellungen mit Massen von Infanterie im Feuer der Maschinenwaffen des Verteidigers unter hohen Verlusten zum Scheitern verurteilt waren.

Planung: Ermattung und Vernichtung

Eine bessere Zusammenarbeit der Infanterie mit der Artillerie sollte dieses Problem lösen. Es ging um die Koordination von Feuer und Bewegung unterschiedlicher Waffengattungen im Gefecht. Das war der Schlüssel zum Erfolg. Da jedoch die Motorisierung für

Galt als das stärkste Werk des äußeren Fortgürtels des Festen Platzes Verdun: deutsche Soldaten im Eingang zum Fort Douaumont nach der Erstürmung im März 1916.

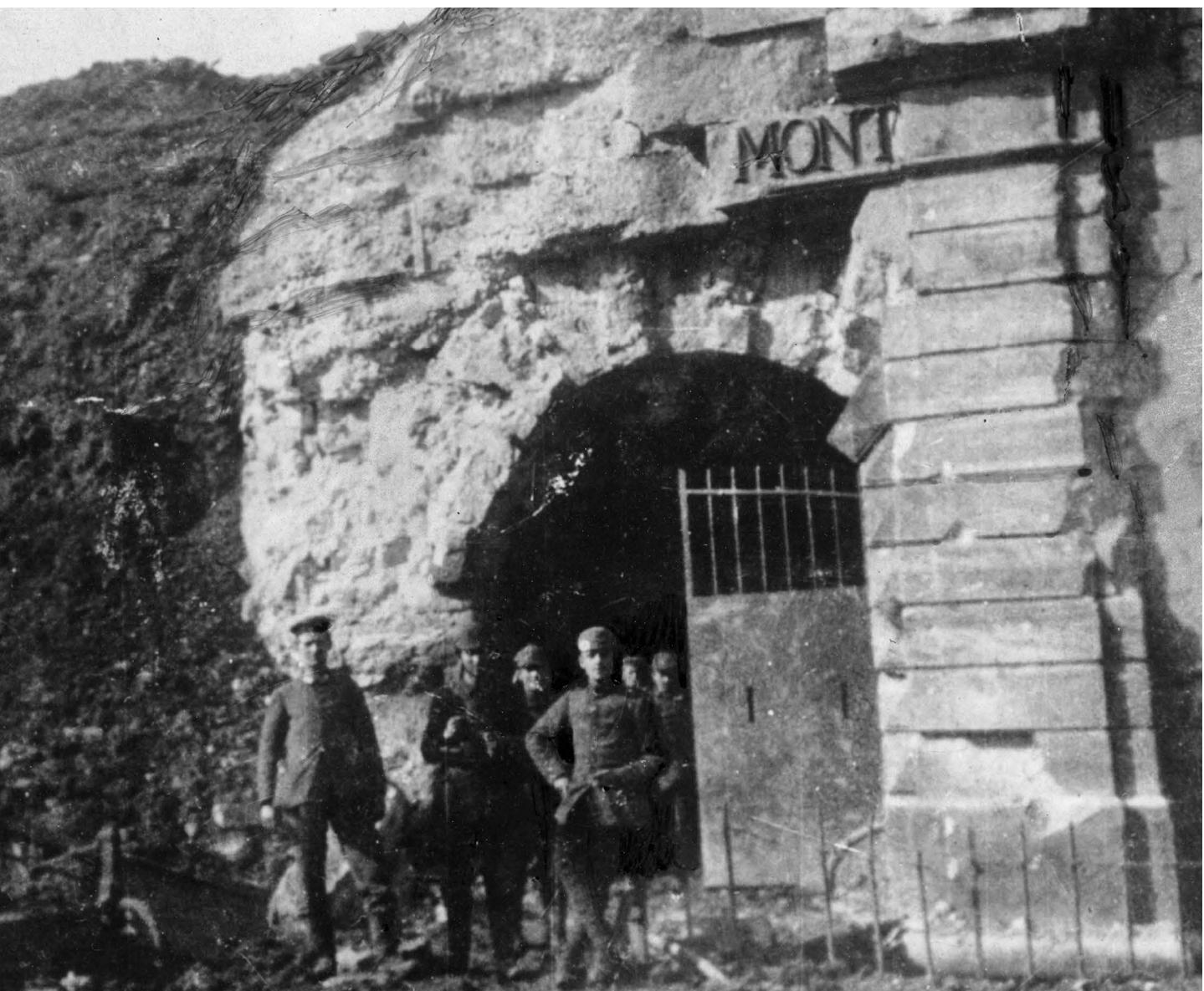


schnelle Vorstöße in allen Armeen noch in den Kinderschuhen steckte, kamen immer mehr Geschütze und Munition zum Einsatz, um das Vorgehen der Infanterie im Angriff zu schützen. Gleichzeitig wurden Angriffsziele im Gelände deutlich enger gesetzt. In der Folge konnten sich die Kampfhandlungen sehr in die Länge ziehen. Immer mehr Truppen und Kriegsmaterial wurden in die Schlacht geworfen. Bis Ende August 1916 kämpften bereits 1,7 Millionen Deutsche und Franzosen in der »Materialschlacht«.

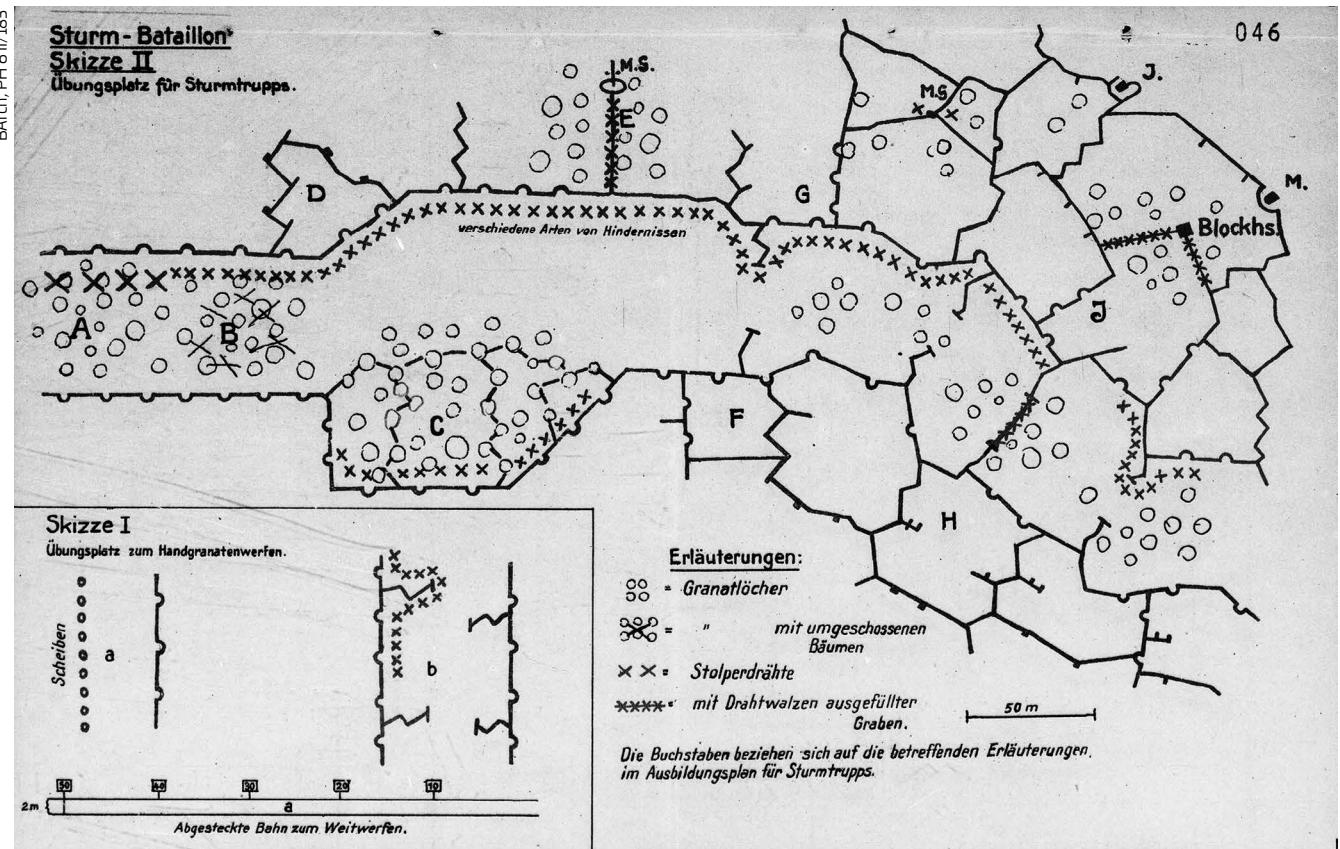
Die Idee der Abnutzung oder auch Ermattung beeinflusste Ende 1915 auch

den deutschen Generalstabschef Erich von Falkenhayn in seinen Überlegungen für eine Offensive bei Verdun. Falkenhayn suchte im Frühjahr 1916 die Kriegsentscheidung an der Hauptfront in Frankreich, obwohl Franzosen und Briten hier dem deutschen Heer zahlenmäßig deutlich überlegen waren. Bis heute ist unter Historikerinnen und Historikern strittig, weshalb Falkenhayn ausgerechnet die als uneinnehmbar geltende Festung Verdun für einen Angriff auswählte. In der Forschung galt Falkenhayn lange als Ermattungsstratege. Strategie beinhaltete nach damaliger deutscher Auffassung die Truppenführung

auf der höchsten militärischen Ebene der Heeresleitung. Falkenhayn wollte Frankreichs Armee vor Verdun in einer Abnutzungsschlacht hohe Verluste zufügen, es »weißbluten«, wie es zynisch bei ihm hieß. Das französische Oberkommando würde aus Prestigegründen auch den letzten Soldaten zur Verteidigung der Festung einsetzen. Wenn sich die französischen Reserven erschöpft hätten, dann würde auch England – im Kalkül Falkenhayns der Hauptgegner in diesem Krieg – einlenken und zum Frieden bereit sein. Diese Annahmen über Falkenhayns strategischen Plan stützen sich maßgeblich auf seine Memoiren,



BArch, Bild 183-502221 o.Ang.



Vor dem Sturm: Auf eigens angelegten Übungsplätzen bereiteten sich die gerade gebildeten Sturmtrupps und -bataillone für den Angriff auf Verdun vor. Geübt wurde insbesondere der Einbruch in das gegnerische Grabensystem.

die er unmittelbar nach dem Krieg verfasste. In ihnen behauptete der deutsche Generalstabschef, dem Kaiser seinen Plan, die sogenannte Weihnachtsdenkschrift, im Dezember 1915 vorgelegt zu haben. Dieses Dokument wurde allerdings bis heute nicht gefunden.

Neuere Forschungen gehen mittlerweile davon aus, dass Falkenhayn einen komplexeren Plan verfolgte als das bloße »Ausbluten« der französischen Armee. Die Idee bestand darin, zunächst mit nur begrenzten Infanteriekräften die beherrschenden Höhen des Festungsgeländes auf dem Ostufer der Maas einzunehmen. Falkenhayn nahm an, dass die Franzosen alle Kräfte zur Rückeroberung einsetzen und ihre Reserven in den Gegenangriffen verbrauchen würden. Er vertraute auf die überlegene Feuerkraft der schweren deutschen Artillerie. Hinzutrat die aus vergangenen Offensiven gezogene Lehre, dass die auf Maschinenwaffen gestützte Verteidigung im Stellungskrieg

einem Angreifer stets hohe Verluste zufügte. Verteidigen wollte der deutsche Generalstabschef allerdings nur kurzfristig zum Zwecke der Zermürbung der gegnerischen Reserven. Die Entscheidung sollte offensiv erfolgen. Dazu plante er einen Durchbruch im Nachstoß bei Verdun oder im Falle eines überhassten englischen Entlastungsangriffs im Artois. Operatives Ziel war der Übergang zu einem Bewegungskrieg mit Feldbefestigungen, um den Gegner im Westen in wenigen Wochen zum Frieden zu zwingen. Falkenhayn mischte insofern pragmatisch die Strategie der Ermattung mit Elementen der im deutschen Führungsdenken dominanten Vernichtungsstrategie, die maßgeblich auf eine offensive und bewegliche Operationsführung zur schnellen Schlachtentscheidung setzte. Pragmatische Truppenführung jenseits unflexibler Schemata oder Doktrinen zählte letztlich zu den Säulen der durch Helmuth von Moltke (dem

Älteren) maßgeblich geprägten deutschen Generalstabsausbildung. Auf dieser führungskulturellen Grundlage fußte auch die Auftragstaktik, die zudem auf eigeninitiatives Handeln untergeordneter Führer im Rahmen der Absicht des Befehlsgebers setzt.

Neuartige Kampfweise im Gefecht der verbundenen Waffen

Taktik befasste sich nach damaliger deutscher Auffassung mit der unmittelbaren Truppenführung im Gefecht und damit zusammenhängenden Aufgaben, beispielsweise dem Marsch. Die Kämpfe vor Verdun bildeten dabei ganz grundsätzlich eine neuartige Kampfweise ab. Die Schlacht war ein Beispiel für das taktische Lernen des deutschen Heeres im technisierten Gefecht der verbundenen Waffen. Es handelte sich nicht mehr um einen klassischen Festungskrieg, bei dem eine isolierte Einzelfestung

planmäßig über einen oft längeren Zeitraum belagert wurde. Vielmehr zeigte sich hier das Bild eines langanhaltenden Großkampfes im Stellungskrieg in einer zur Verteidigung ausgebauten Festungszone. Gleichwohl orientierten sich die Angriffsplanungen der 5. Armee an den taktischen Erfahrungen des Kampfes um isolierte Festungen in den ersten beiden Kriegsjahren, 1914 an der Westfront beispielsweise Namur (Belgien) und Maubeuge (Frankreich). Hier hatten die in Reichweite der Festungen vorgehenden deutschen Armeen ein beschleunigtes oder auch abgekürztes Angriffsverfahren angewendet. Dieses zielte auf die schnelle Einnahme einer Festung unter Verzicht auf deren Einschließung. Dazu setzte die Führung vor allem auf die demoralisierende Wirkung des Feuers der schweren Artillerie auf den Verteidiger und die Bewegung einer unmittelbar danach »tatkäfigt zu fassenden Infanterie«.

Diese Ansätze fußten nicht zuletzt auf Erprobungen des beschleunigten Angriffsverfahrens im Großen Generalstab bereits vor dem Krieg. Im Angriffsentwurf der 5. Armee von Anfang Januar 1916 fand das beschleunigte Angriffsverfahren seine Fortsetzung. Mithilfe der Wirkung der schweren Artillerie sollten begrenzte Infanteriekräfte, insgesamt zehn Infanteriedivisionen zu je rund 15 000 bis 20 000 Mann unterstützt von rund 1000 Geschützen aller Kaliber in vier Angriffsabschnitten, zunächst lediglich die beherrschenden Höhen am Ostufer der Maas einnehmen, um den Fall der Festung herbeizuführen. Zur Unterstützung der Operationen am Boden wurden nun erstmalig auch Flugzeuge und Luftschiffe im größeren Rahmen in die Planungen einbezogen. Dazu zählten eigene Aufklärungsmissionen, Sperrflüge von Fliegerverbänden zur Unterbindung der gegnerischen Luftaufklärung aber auch Luftnahunterstützung der eigenen Bodentruppen. Mit Blick auf das Zusammenwirken der Bodentruppen flossen neben den Erfahrungen der Festungskämpfe auch die aus dem bisherigen Stellungskrieg im Westen und der erfolgreichen Frühjahrs- und Sommersoffensive an der

Ostfront 1915 ein. Im Stellungskrieg vertraute die Führung vor allem auf die Erfahrungen von Oberst Hans von Seeckt, der als Generalstabschef der 11. Armee Anfang Mai 1915 maßgeblich den erfolgreichen Durchbruch der 11. Armee bei Gorlice-Tárnów an der Ostfront geplant hatte. Seeckts taktisches Erfolgsrezept zielte auf eine Optimierung von Feuer und Bewegung. Es lautete kurzgefasst:



Verdun im Blick: Erich von Falkenhayn, der preußische Kriegsminister und spätere Chef des Generalstabs des Feldheeres.

Ausnutzung des Überraschungsmoments durch einen überfallartigen Artillerieangriff, Masseneinsatz gemischter Kampfgruppen aus Feldartillerie und schwerer Artillerie unter Beteiligung von Minenwerfern der Pioniere, genaue zeitliche und räumliche Koordination des Einsatzes aller Waffen, ohne dabei aber auf die Eigeninitiative der Führer im Rahmen der Auftragstaktik zu verzichten. Das konzentrierte und nach und nach in die Tiefe des Raumes verlegte Feuer der Artillerie sollte den Gegner schockartig demoralisieren und der durch leichte Geschütze der Feldartillerie unmittelbar begleiteten Infanterie schnell den Weg durch die gegnerischen Stellungen bahnen, und zwar mit möglichst geringen eigenen Verlusten. Die artilleristische Massenwirkung als wesentliches Merkmal dieses Kampfver-

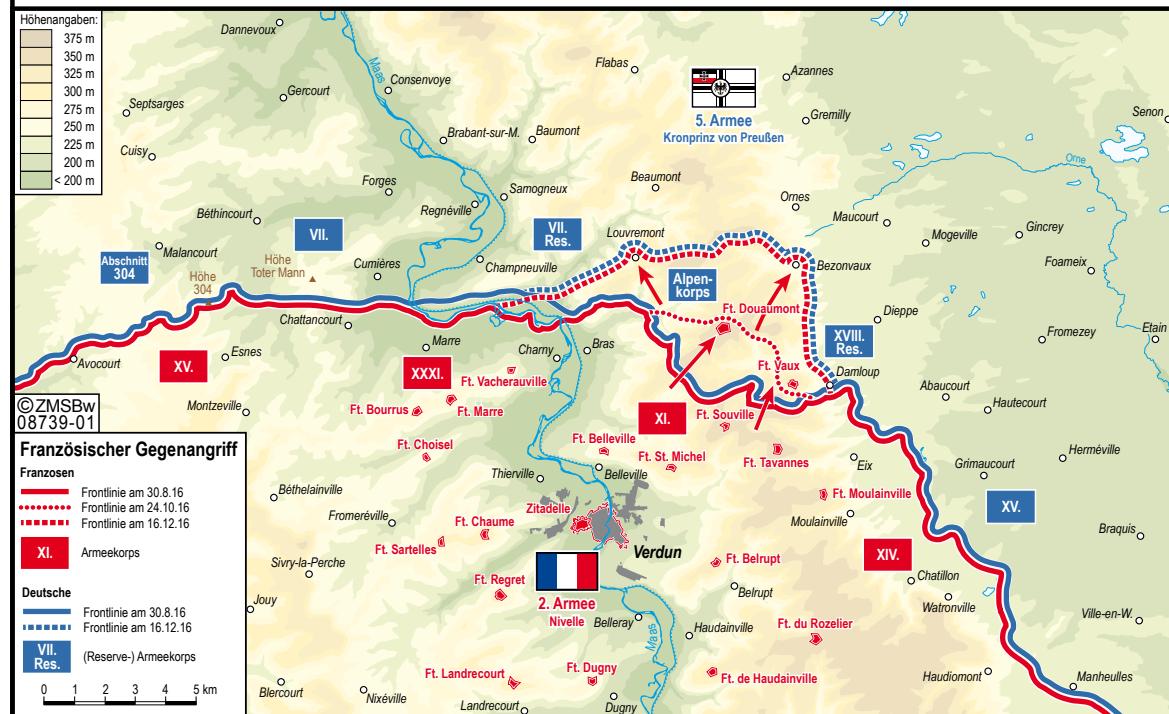
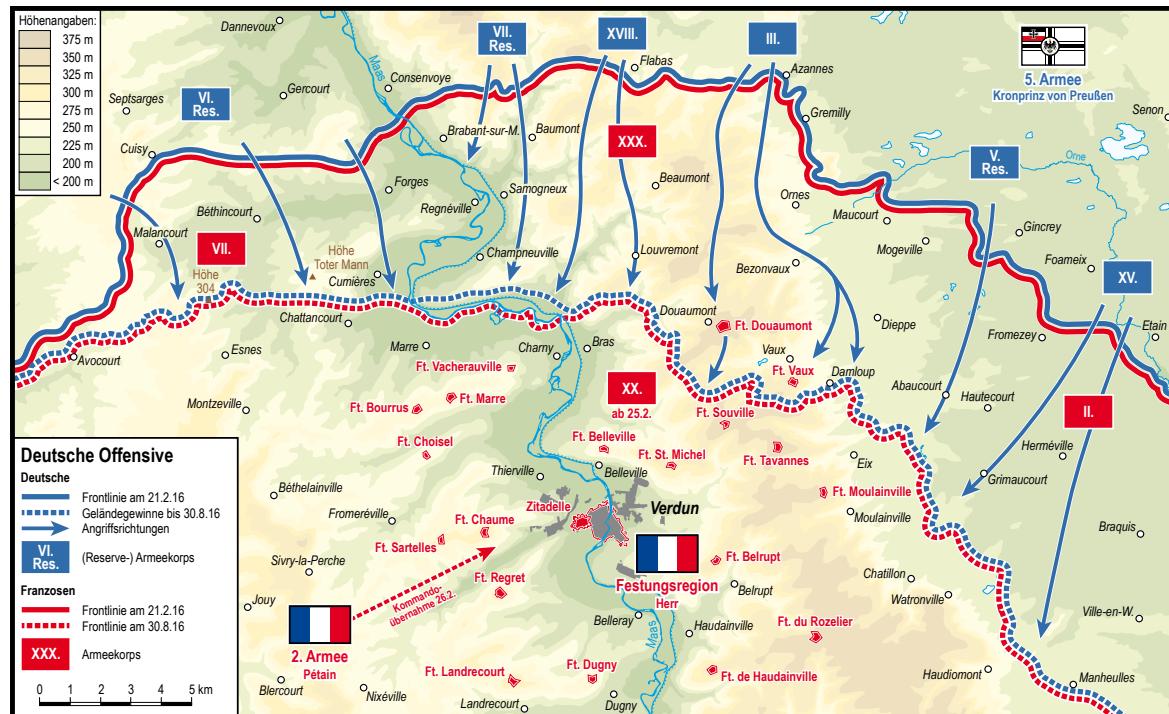
fahrens bewerteten deutsche Generalstabsoffiziere später als Wiege der planmäßig organisierten Materialschlachten, die mit der Schlacht von Verdun begannen.

Feuerwalze und Stoßtruppverfahren

Schon bald nach Angriffsbeginn setzte eine Auswertung und Verteilung von Gefechtserfahrungen in der 5. Armee ein. Der Wissenstransfer erfolgte maßgeblich über schriftlich verfasste Erfahrungsberichte. Man kann hier von einem Lessons-Learned-System sprechen. Die Erfahrungsberichte der 5. Armee wurden unter Falkenhayns Führung allerdings nur in wenigen Fällen als Weisungen an das gesamte Heer weitergegeben. Im Zentrum des taktischen Lernprozesses stand die Optimierung von Feuer und Bewegung im technisierten Gefecht der verbundenen Waffen.

Zwei Aspekte skizzieren dies nachfolgend beispielhaft. Das wäre zum einen die Feuerwalze der Artillerie, die die Truppen der 5. Armee erstmals an der Westfront zur Verbesserung des Schutzes der Infanterie im Angriff anwendeten. Dabei handelte es sich um einen dem Sturmangriff der Infanterie nahe voranschreitenden dichten Hagel von Granaten, der nun exakt nach der Uhr geregelt wurde. So wurde das Artilleriefeuer beispielsweise alle fünf Minuten um 300 Meter vorverlegt. Da die Infanterie dieser Feuerwalze in dem von Granaten zerschossenen und von zahlreichen Feldbefestigungen durchzogenen Gelände oftmals nicht folgen konnte, wurden bei späteren Angriffen für je 100 Meter sechs Minuten kalkuliert. Seit Juni wurde auch umfangreich Giftgas (Grünkreuz) in das Artillerieschießen integriert. Der genaue Zeitplan ergänzte das bisher gängige Verfahren der Infanterie, das Fortschreiten des Angriffs mit festgelegten Leucht- und Sichtzeichen oder auch über Fernsprechleitungen an die hinten stehende Artillerie zu übermitteln. Schwierige Sichtbedingungen im Gefecht sowie auch gegnerisches Feuer, das die Kabelverbindungen häufig zerstörte, hatten diese Kommunikati-

BArch, Bild 146-2004-0023 / Albert Meyer

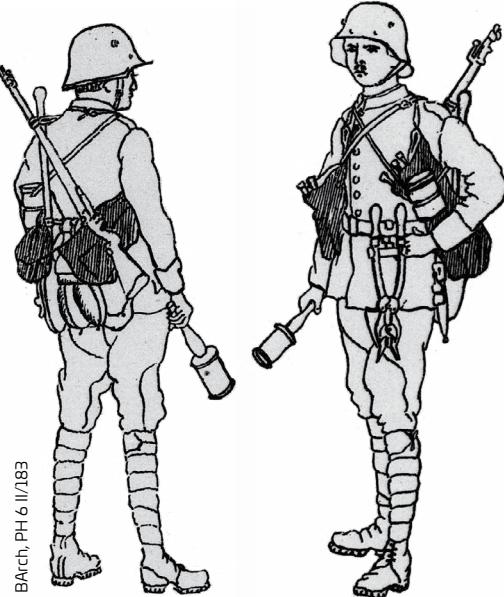


onswege beeinträchtigt. Eine Verständigung am Boden aus der vorderen Linie der Infanterie über Funkentelegrafie war noch nicht möglich. Umstritten unter deutschen Offizieren blieb dabei generell die Frage einer Dezentralisierung der Befehlsverhältnisse für die Artillerie von der Armee bis auf die Ebene der Divisio-

nen, um deren Kommandeuren hier mehr Handlungsfreiheit im laufenden Gefecht zu ermöglichen. Dessen ungeachtet war das kooperative Zusammenwirken der Waffen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sicherzustellen, beispielsweise durch den Einsatz von Verbindungsoffizieren und vorgescho-

benen Artilleriebeobachtern bei der Infanterie. Auch waren alle Möglichkeiten zur Luftbeobachtung und Kommunikation mit Ballons und insbesondere Artilleriefliegern auszuschöpfen.

Der zweite Aspekt ist das Stoßtruppenverfahren zur Verbesserung der Beweglichkeit der Infanterie im Stellungskrieg.



BArch PH 6 II/183

Aus dem Lehrbuch: Sturmtruppsoldaten mit voller Ausrüstung für den Stellungskrieg: Stahlhelm, Handgranaten, Karabiner mit Seitengewehr, Gaschutzmaske, leere Sandsäcke und Drahtschere.

Vor Verdun gewann die Kampfform des Stoßtrupps auf elementartaktischer Ebene (Gruppe bis Kompanie) zunehmend an Bedeutung. Die ersten Erfahrungsberichte betonten die Effektivität der infiltrierenden Kampfweise der Stoßtrupps im Stellungskrieg. Die ersten Ideen zu Stoßtrupps waren bereits im Herbst 1914 bei Fronteinheiten im Westen entstanden. Spezielle Versuchs- und Lehrtruppen, seit Mitte 1916 als Sturmabteilung bezeichnet, entwickelten das Stoßtruppverfahren seit Frühjahr 1915 gezielt für das gesamte Heer weiter (siehe Birell, Sturmtrupp, ZMG 2/25 mit Video). Diese Eliteeinheiten kamen auch bei Verdun zum Einsatz.

Darüber hinaus bestimmte eine Weisung der 5. Armee für die reguläre Infanterie, dass Stoßtrupps zu formieren waren. Damit verband sich die Absicht, die klassischen Schützenlinien der vornehmlich mit dem Gewehr ausgerüsteten Infanterie geländeangepasst in kleinere, beweglichere und vor allem waffentechnisch effektiver ausgerüstete Gefechtsgruppen aufzulockern. Pioniere unterstützten das Vorgehen. Der vermehrte Einsatz von Handgranaten, Flammen- und leichten Minenwerfern sowie Maschinengewehren führte dabei zu einer Trennung von Feuer- und Stoß-

kraft. Mit dieser Übertragung der Idee des technisierten Gefechts der verbundenen Waffen auf die elementartaktische Ebene gewannen Unteroffiziere und junge Offiziere als selbstständige Unterführer erheblich an Bedeutung. Sie entwickelten sich allmählich zu den Trägern des Kampfes an der Front. General der Infanterie Erich Ludendorff, seit Ende August 1916 zusammen mit Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg Nachfolger von Generalstabschef Erich von Falkenhayn, bezeichnete dies später als Individualisierung der Taktik.

Ergebnis und Nachwirkungen

Falkenhayns Ziel, Deutschlands an Kräften überlegene Hauptgegner im Westen mit dem Angriff bei Verdun in wenigen Wochen zum Frieden zu zwingen, offenbarte sich nicht zuletzt aufgrund des hartnäckigen Widerstandes der französischen Armee als Wunschdenken. Anfang September musste Hindenburg dann den Abbruch des Angriffs befehlen. Grund dafür war der eigene Kräftebedarf zur Abwehr der britisch-französischen Offensive an der Somme, die bereits Anfang Juli 1916 begonnen hatte. Ende des Jahres 1916 komplettierte dann die Zurückdrängung der 5. Armee nahezu auf ihre Ausgangsstellungen zu Angriffsbeginn den deutschen Fehlschlag vor Verdun. Die zehnmonatige Materialschlacht von Verdun forderte am Ende einen schrecklichen Blutzoll. Auf beiden Seiten waren jeweils rund 350 000 Soldaten getötet oder verwundet worden oder galten als vermisst.

Für die Taktik im technisierten Gefecht der verbundenen Waffen setzten die Erfahrungen der Schlacht aber wichtige Impulse. Treibende Kraft war vor allem Ludendorff. Er ließ taktische Innovationen wie die Feuerwalze und das Stoßtruppverfahren im Rahmen eines Lessons-Learned-Systems in neue Ausbildungsvorschriften des Heeres überführen. Die hier seit Ende des Jahres 1916 vereinheitlichten Führungs- und Gefechtsgrundsätze wurden laufend anhand neuer Gefechts erfahrungen aktualisiert und so für die Ausbildung der Truppe schnell nutzbar

gemacht. Das Stoßtruppverfahren fand dabei nicht nur für den Angriff, sondern auch in der beweglich geführten Tiefenverteidigung (elastische Verteidigung) Anwendung. Diese war eine weitere taktische Neuerung des Stellungskriegs, die aus den Erfahrungen der Schlacht an der Somme entwickelt wurde und maßgeblich auf dem offensiven Einsatz von Reserven beruhte. Ludendorffs Ziel war eine möglichst nachhaltige Qualifizierung der militärischen Führer und Soldaten des Massenheeres durch Ausbildung für das moderne, technisierte Gefecht der verbundenen Waffen. Als Leitlinie galt ein sparsamer Umgang mit den knappen Kräften. Trotz einerseits straffer Führung und oft kleinlicher Regelungen für das Zusammenwirken der Waffen sollten den Unterführern andererseits Spielräume für selbstständiges Handeln im Rahmen der Auftragstaktik bleiben. Mithilfe von Feuerwalze und Stoßtruppverfahren gelang es dem deutschen Heer im Frühjahr 1918 an der Westfront, seine Gegner nochmals mit Offensiven in erhebliche Bedrängnis bringen zu können. Am Ende jedoch erwies sich deren materielle, vor allem aber personelle Überlegenheit als zu groß. Dazu hatte nicht zuletzt der Kriegseintritt der USA auf Seiten der Entente 1917 maßgeblich beigetragen. Deutschland verlor den Krieg. Doch dessen Lehren flossen seit 1921 in neue Vorschriften ein, allen voran die »Führung und Gefecht der verbundenen Waffen« (F.u.G.). Die hier fixierten Richtlinien deutscher Truppenführung gelten im Grundsatz bis heute.

Oberstleutnant Dr. Christian Stachelbeck ist Leiter des Projektbereichs »Militärgeschichte bis 1914«. Aktuell arbeitet er zur Geschichte des deutschen Militärs in den Kolonien.

Literaturtipps

Gerd Krumeich/Antoine Prost, Verdun 1916. Die Schlacht und ihr Mythos aus deutsch-französischer Sicht, Essen 2016.
Materialschlachten 1916. Ereignis, Bedeutung, Erinnerung. Hrsg. von Christian Stachelbeck, Paderborn 2017 (=Zeitalter der Weltkriege, 17)

Bücher



Russlands Schwäche

Drei Jahre nach dem russischen Überfall auf die Ukraine blickt der Militärökonom Marcus Keupp auf Vergangenheit, Gegenwart und mögliche Zukunft Russlands in der Welt. Sein Urteil fällt eindeutig aus: Seit seinen Anfängen denkt und handelt das Russische Reich wie ein Imperium. In diesen Kontext ist auch der Angriff auf die Ukraine einzzuordnen. Besonders interessant sind die Ausführungen Keupps zu den wirtschaftlichen Zusammenhängen. Das im Westen weit verbreitete Bild von Russland als Wunderland unbegrenzter Ressourcen ist zu hinterfragen – in der Realität scheinen sich die russischen Bestände an Waffen und Munition eher zusehends zu leeren; an der Front wie in der Industrie macht sich Personalmangel bemerkbar. Seine Wirtschaft, vor allem auf fossilen Brennstoffen beruhend, ist ein Auslaufmodell. Daher sei es wichtig, so Keupp, Russlands Macht nicht zu überschätzen, in der Folge einen Diktatfrieden zu Ungunsten der Ukraine zu fordern und stattdessen der Aggression weiter Widerstand entgegen zu setzen.

Dennis Werberg

Marcus M. Keupp, Spurwechsel. Die neue Weltordnung nach Russlands Krieg, Köln 2025. ISBN 978-3-86995-153-9, 302 S., 25,00 Euro

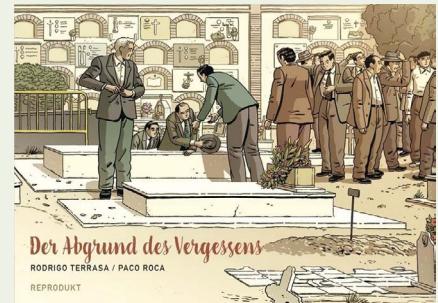


Cézembre

Nordwestlich der französischen Stadt St. Malo liegt Cézembre, ein »Gesteinsbrocken, der je nachdem Paradies oder Hölle gewesen war, Schlachtfeld oder Heiligtum, Festung oder Friedhof«. Das unbewohnte Eiland ist geografischer und literarischer Fixpunkt des neuen Romans der französischen Schriftstellerin Hélène Gestern. Zwei Jahre nach dem Tod seines Vaters kehrt der Pariser Geschichtsprofessor Yann, Spross einer alteingesessenen Reederei-Familie, zurück nach St. Malo in das Haus seiner Kindheit. Gekommen, um eine Auszeit zu nehmen, stößt er im beeindruckenden Familienarchiv auf die verborgene Geschichte seiner Vorfahren. Sie ist eng mit der im Zweiten Weltkrieg völlig zerstörten Insel Cézembre verbunden. Familiensaga und Kriminalroman über die Kraft des Meeres, die langen Schatten der Vergangenheit und den Weg zu sich selbst. Nature Writing vom Feinsten.

Esther Geiger

Hélène Gestern, Rückkehr nach St. Malo, Hamburg 2025. ISBN 978-3-463-00071-8, 512 S., 25,00 Euro

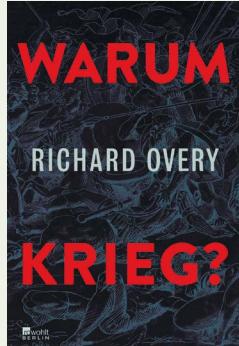


Gegen das Vergessen

Der Spanische Bürgerkrieg endete 1939 mit dem Sieg der Nationalisten unter General Francisco Franco. Die nachfolgenden Ereignisse sind der breiten Öffentlichkeit hierzulande kaum bekannt – zu sehr stehen diese im Schatten des Zweiten Weltkriegs in Europa. Hier setzt die Graphic Novel an. Im Mittelpunkt steht ein idealistischer Totengräber, dem die Aufgabe zukam, die Leichen von hingerichteten Regimegegnern in Massengräbern auf dem Gelände des Friedhofes zu begraben. Doch ermöglichte er es den Angehörigen, Abschied zu nehmen. Mehr noch: durch sein Wirken wurde eine spätere Identifikation der Opfer möglich. So entriss er manches Opfer dem »Abgrund des Vergessens, der Leben und Tod trennt.« Auf gestalterisch ansprechende Weise und emotional berührend werden hier die Geschichten der Opfer, ihrer Angehörigen und Nachkommen erzählt und dabei Aspekte von Gewaltgeschichte, Geschichtspolitik, Erinnerung und Archäologie kunstvoll miteinander verweben. Absolut lesenswert!

Dennis Werberg

Paco Roca/Rodrigo Terrasa, Der Abgrund des Vergessens, Berlin 2025. ISBN 978-3-95640-464-1, 304 S., 34,00 Euro



(K)eine Welt ohne Krieg?

Die Frage, warum Menschen Krieg führen, ist Jahrhunderte alt – und doch könnte sie aktueller nicht sein, denn wir befinden uns, wie der britische Historiker Richard Overy konstatiert, in einem neuen Zeitalter der Kriege. Mit seinem Buch »Warum Krieg?« legt er eine Gewaltgeschichte der Menschheit und ihrer Konflikte vor, um grundlegende Erklärungen für Krieg zu veranschaulichen. Er unterscheidet dabei zwischen zwei Perspektiven: Die Humanwissenschaften sehen aus einer deterministischen Sicht heraus den Krieg als Bestandteil der menschlichen Evolution, in der der Mensch eher Objekt natürlicher oder kultureller Kräfte ist. Die Geschichts-, Sozial- und Politikwissenschaften hingegen betrachten aus einer nicht-deterministischen Sicht den Menschen als bewussten Akteur, dessen Beweggründe für einen Krieg sich in vier Kategorien unterteilen lassen: Ressourcen, Glaube, Macht und Sicherheit. Overys Buch ist eine lesenswerte Einführung in die Entschlüsselung des Phänomens Krieg und seiner Ursachen.

Chris Helmecke

Richard Overy, Warum Krieg? Berlin 2024. ISBN 978-3-7371-0208-7, 368 S., 28,00 Euro



Wanderer zwischen den Welten

Aus Afghanistan nach Deutschland – und für mehrere Auslandseinsätze als Sprachmittler wieder zurück. Dazwischen Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, Ausbildung, Familiengründung, Eintritt in die Bundeswehr und schließlich, durch den Einsatz bedingt, eine posttraumatische Belastungsstörung und der lange Kampf um Anerkennung und Behandlung. Diesen Weg beschreibt Bishan Shayan in seinem Buch packend, in einem schlichten und doch zugleich lyrischen Stil. Shayans Geschichte ist eine Geschichte der Hoffnung, der Rückschläge und gleichzeitig auch ein Zeitdokument. Seine Erzählung zeugt auf der einen Seite von den Möglichkeiten der gelungenen Integration, spart aber auch die hässlichen Aspekte nicht aus: Der früher problematische Umgang der Bundeswehr mit PTBS und der Kampf der Sprachmittler, nicht als Soldaten 2. Klasse behandelt zu werden, stehen hier neben Berichten von Kameradschaft und großer Hilfsbereitschaft. Eine lesenswerte und ungewöhnliche Biografie.

Tobias Pech

Bishan Shayan, Brückebauer in Uniform. Mein Weg vom afghanischen Flüchtling zum deutschen Soldaten, Berlin 2025. ISBN 978-3-96776-091-0, 144 S., 16,80 Euro



Atomkrieg – ein Szenario

72 Minuten. So lange dauert es laut Annie Jacobsen bis zur totalen Vernichtung in einem Nuklearkrieg. Die Apokalypse beginnt mit einer einzelnen Rakete, die aus Nordkorea in Richtung USA fliegt. Bald ist das Ziel klar: Washington, D.C. Was folgt ist eine Kettenreaktion, die in einem globalen nuklearen Schlagabtausch mündet.

In ihrem Szenario geht Jacobsen minuten-, teilweise sekundengenau die Abläufe vom Start der ersten angreifenden Rakete bis zum *all out nuclear war* durch. Dabei verwebt sie fiktive romanhaften Dialogszenen mit Hintergrundinformationen etwa zu US-amerikanischen Radar- und Abfangsystemen und historischen Herleitungen. Wie kommt es etwa, dass dem US-amerikanischen Präsidenten ein Aktenkoffer mit den Codes zum Starten der Atomwaffen, der sogenannte Football, hinterhergetragen wird? Wie sahen die Planungen für einen atomaren Schlagabtausch während des Kalten Krieges aus?

Eine Lektüre, die ein mulmiges Gefühl hinterlässt und daher umso wichtiger ist.

Cornelia Juliane Grosse

Annie Jacobsen, 72 Minuten bis zur Vernichtung. Atomkrieg, ein Szenario, München 2024. ISBN 978-3-453-21878-9, 400 S., 22,00 Euro

Medien

Vom Speer bis zur Muskete – Militärgeschichte im Bewegtbild



»SandRhoman Geschichte« auf YouTube
[https://www.youtube.com/
@SandRhomanGeschichte](https://www.youtube.com/@SandRhomanGeschichte)

In Zeiten, in denen qualitativ zumeist eher fragwürdige KI-generierte Geschichtskanäle das Netz überfluten, ist es mühsamer geworden, wirklich gute Inhalte zu finden. Der YouTube-Kanal »SandRhoman Geschichte« gehört zu den empfehlenswerten Formaten. Thematisch decken die Schweizer Kanalbetreiber von der Steinzeit bis zu Napoleon dort ein breites Feld ab. Besonders hervorzuheben ist, dass neben klassischen Themen wie dem Dreißigjährigen Krieg oder den Kreuzzügen auch ungewöhnlichere Episoden der außereuropäischen Militärgeschichte abgedeckt werden. Videos über die chinesische Belagerung der niederländischen Feste in Taiwan 1661/1662 oder über russische Wagenburgen in der Frühen Neuzeit



stehen neben Beiträgen über Söldnerstum im Mittelalter oder die Armeen von Byzanz. Eine weitere Stärke des Kanals sind die liebevoll gestalteten und gleichzeitig übersichtlichen Animationen, in denen das Schlachtgeschehen und Truppenbewegungen nachvollziehbar dargestellt werden.

Die zwischen fünf und dreißig Minuten langen Videos präsentieren die Inhalte dabei sachlich und ab und an mit einer Prise Humor. »SandRhoman« hebt sich von vergleichbaren Kanälen vor allem dadurch wohltuend ab, dass die Macher immer wieder den Stand der Forschung (mit Quellenangaben) hinzuziehen und so auch hartnäckige Mythen zu dekonstruieren versuchen. Bei aktuell über 120 Videos findet der geneigte Zuschauer einen großen Fundus an Hör- und Sehstoff. Prädikat: Empfehlenswert!

Tobias Pech

Osteuropa (besser) verstehen

<https://www.dekoder.org/de>

Spätestens mit dem Jahr 2022 und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich der Blick vieler Menschen auf den Osten des europäischen Kontinents gerichtet. Oft war dies allerdings mit vielen Fragezeichen versehen, denn das Wissen um osteuropäische oder gar russische Geschichte, Kultur und Gesellschaft ist zumeist gering ausgeprägt. An dieser Stelle kommt die Website »Dekoder« ins Spiel. Der Name lehnt sich an das Wort »dekodieren«, also »entschlüsseln« an. Und genau das ist das Ziel dieser Website. Sie versteht sich als ein Hilfsmittel, um Russland besser zu verstehen. Zu diesem Zweck vereint sie journalistische Formate und wissen-



Dekoder bietet fundierte Informationen visuell ansprechend aufbereitet.

schaftliche Expertise. Einerseits bietet »Dekoder« hochwertige Übersetzungen russischer, belarussischer und ukrainischer unabhängiger Medien, andererseits weiterführende Hintergrundinformationen (auch als »Gnosen«, griech. für Wissen, Erkenntnis bezeichnet), die historische Kontextualisierungen ermöglichen. Die Fachbeiträge sind innerhalb der Medientexte verlinkt, sodass die angebotenen Informationen unmittelbar weiterführend vertieft werden können. Die Vielfalt der Themenfelder scheint beinahe unendlich. Mit spezifischem Blick auf militärgeschichtliche Inhalte finden sich beispielsweise fundierte, lesenswerte Beiträge zum Sowjetisch-Finnischen Winterkrieg 1939/40 oder ein multimediales Dossier zum Truppenabzug der Sowjets aus dem Osten Deutschlands ab 1991. Umfangreiche Dossiers befassen sich zudem unter anderem mit der Oktoberrevolution oder dem Zweiten Weltkrieg. Alle Beiträge sind visuell äußerst hochwertig und ansprechend gestaltet, sodass der Klick auf den nächsten Beitrag beinahe automatisch erfolgt.

Cornelia Juliane Grosse

Ausstellungen

BERLIN

Ansichtssachen(n)

Humboldt-Forum
Schloßplatz
10178 Berlin
Tel: 0 30 / 99 21 18 989
www.humboldtforum.org
Dauerausstellung
Mittwoch bis Montag
10.30 bis 18.30 Uhr
Eintritt: 14,00 Euro
Ermäßigt: 7,00 Euro
Bis 19 Jahre frei

Kulturkontakte. Leben in Europa
Museum Europäischer Kulturen
Arnimallee 25
14195 Berlin
Tel.: 0 30 / 26 64 24 24 2
www.smb.museum
Dauerausstellung
Mittwoch bis Freitag
10.00 bis 17.00 Uhr
Samstag und Sonntag
11.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 10,00 Euro
Ermäßigt: 5,00 Euro
Bis 18 Jahre frei

HAMBURG

Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU
Museum Altona
Museumstraße 23
22765 Hamburg
Tel: 0 40 / 42 81 350
www.shmh.de/altonaer-museum/
Sonderausstellung
Bis 7. Juli 2026

Montag, Mittwoch bis Freitag
10.00 bis 17.00 Uhr
Samstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 8,50 Euro
Ermäßigt: 5,00 Euro
Bis 17 Jahre frei

INGOLSTADT

Museum des Ersten Weltkrieges im Bayerischen Armeemuseum
Reduit Tilly, Klenzepark
85049 Ingolstadt
Tel.: 0 841 / 93 77 0
www.armeemuseum.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Freitag
09.00 bis 17.30 Uhr
Samstag und Sonntag
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
Ermäßigt: 4,00 Euro
Bis 18 Jahre frei

KÖLN

Licht in dunklen Zeiten
Mittelalterliche Glasmalerei aus dem Khanenko Museum in Kyjiw
Museum Schnütgen
Cäcilienstraße 29–33
50667 Köln
Tel: 02 21 / 22 13 13 55
www.museum-schnuetgen.de
Sonderausstellung
Bis 12. April 2026

Dienstag bis Sonntag
10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Donnerstag
10.00 Uhr bis 20.00 Uhr
Eintritt: 6,00 Euro
Ermäßigt: 3,50 Euro
Bis 18 Jahre frei

LÜBECK

Geschichte des Bundesgrenzschutzes
Bundespolizeimuseum Lübeck in der Bundespolizeiakademie
Ratzeburger Landstraße 4
23562 Lübeck
Tel: 04 51 / 49 05 51 022
Dauerausstellung
Besuchszeiten nach Vereinbarung unter
bpolak.bpm@polizei.bund.de
Eintritt frei

NÜRNBERG

NÜRNBERG GLOBAL 1300–1600
Germanisches Nationalmuseum
Kartäusergasse 1
90402 Nürnberg
Tel: 09 11 / 13 310
www.gnm.de
Sonderausstellung
Bis 22. März 2026
Dienstag bis Sonntag
10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Mittwoch 10.00 Uhr bis 20.30 Uhr
Eintritt: 10,00 Euro
Ermäßigt: 6,00 Euro
Bis 6 Jahre frei

SUHL

Waffenmuseum Suhl
Friedrich-König-Straße 19
98527 Suhl
Tel: 0 36 81 / 74 22 18
www.waffenmuseumsuhl.de
Dauerausstellung
Täglich
10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Eintritt: 9,00 Euro
Ermäßigt: 7,00 Euro
Bis 6 Jahre frei

VERDUN

Musée du Mémorial de Verdun
1, avenue du Corps européen
BP 60048 – Fleury-devant-Douaumont
55101 Verdun Cedex
Tel: +33 (0)3 29 88 19 16
www.memorial-verdun.fr
Dauerausstellung
Täglich ab 1. Februar 2026
09.30 Uhr bis 17.30 Uhr
Eintritt: 14,00 Euro
Ermäßigt: 9,00 Euro
Bis 8 Jahre frei

WEIMAR

Museum Zwangsarbeit im Nationalsozialismus
Jorge-Semprún-Platz 2
99423 Weimar
03 64 3 / 87 77 288
www.museum-zwangsarbeit.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
Ermäßigt: 3,00 Euro

Der besondere Tipp

Audiowalk zur jüdischen Geschichte in Litauen

<https://rukla-jonava.org/>



Mit der dauerhaften Stationierung der Panzerbrigade 45 »Litauen« werden künftig viele tausend deutsche Soldaten und Soldatinnen samt Familien die Kultur, Geschichte und Natur des Baltikums entdecken. Der Blick auf den Zweiten Weltkrieg ist dabei mit den deutschen Verbrechen in der Shoah und dem rasseideologischen Vernichtungskrieg verbunden. Furchtbare Morde an der jüdischen Bevölkerung unter deutscher Besatzungsherrschaft gehören auch zur Geschichte von Jonava, etwa 10 Kilometer nordwestlich von Rukla, dem Standort der Brigade. Das jüdische Shtetl von Jonava wurde nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 das Opfer von Kampfhandlungen und gezielter Zerstörung. Nahezu die gesamte jüdische Bevölkerung wurde wenig später ermordet. Diese frühe Phase des Krieges war durch Massenerschießungen geprägt, den sogenannten *Holocaust by Bullets*.

Seit 2024 kann man die Geschichte des Shtetls von Jonava mit einem Audiowalk wiederentdecken. Felix Ackermann, Professor an der Fernuniversität

Jonava Audiowalk

Entdecke bei einem Spaziergang durch Jonava mit unserem Audioguide die Geschichte eines litauischen Shtetls im 20. Jahrhundert.

Herzlich willkommen

Wir freuen uns, dass Ihr bei unserem Audiowalk durch Jonava dabei seid! An acht Stationen in und um Jonava werdet Ihr die besondere Geschichte dieser Stadt kennenlernen. Neben spannenden Einblicken in die litauische und sowjetische Geschichte Jonavas tauchen wir ebenfalls in die jüdische Geschichte Jonavas ein und erklären die Folgen der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg.

Ein Gang entlang historischer Orte

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war Jonava noch ein typisches litauisches Shtetl geprägt vom Kontrast traditioneller, religiöser jüdischer Lebenswelten und unterschiedlichen Aufbrüchen in die Moderne. Ein Spaziergang zu wichtigen Stationen des jüdischen Lebens ermöglicht Jonava ganz konkret als authentischen historischen Ort und als exemplarisches Shtetl zu erkunden, das im Zuge des Holocaust zerstört wurde.

Station 1
StadtMuseum und ehemalige Poststation

Station 2
Alter jüdischer Friedhof

Station 3
Ehemalige Synagoge

Station 4
Die Kauno Gatvė

Hagen, ist ein Fachmann im Lehrgebiet Public History. Aus Forschungen zu Litauen entstand seine Idee zu einer Summer School mit der Studienstiftung des Deutschen Volkes 2023 in Vilnius. Die Stiftung förderte dann auch den vorliegenden Audioguide, die Führung zur jüdischen Geschichte Jonavas. Benjamin Brown, Anika Olbrisch und Tomek Rudel realisierten ihn zusammen mit dem Landeskundlichen Museum Jonava als weiterem Partner.

Mit dem Audioguide hört man online an acht Stationen viele Informationen zum einstigen jüdischen Leben im Shtetl und erfährt von dessen Zerstörung im Holocaust. Gestützt auf Google Maps kann die Online-Führung auch aus Deutschland nachvollzogen werden. Von der alten Poststation, dem heutigen Museum, geht es über den Alten jüdischen Friedhof und vorbei an der ehemaligen Synagoge zur Kauno Gatvė, der Straßen zum Marktplatz. Dieser Marktplatz ist jedoch nicht mehr vorhanden. Dort steht heute eine Grundschule. Ein Unabhängigkeitsdenkmal erinnert an die Staatsgründung 1918 und an die Jahre der sowjetischen Besatzung. Dagegen ist das am Strand gelegene Holocaust-Mahnmal ein Ort konkreter Erinnerung an die Massenverbrechen der Kriegsjahre. Bundeswehrgruppen haben den Audioguide bereits im Rahmen der Persönlichkeitsbildung und

des Lebenskundlichen Unterrichts genutzt. Bislang ist der Audioguide nur in deutscher Sprache verfügbar.

Heiner Bröckermann

Impressum

Herausgegeben
vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
durch Oberst Dr. Frank Hagemann
und Oberst Dr. Martin Hofbauer (V.i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Cornelia Juliane Grosse M.A.

Chef vom Dienst:
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.

Redaktion:
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentsch
Hauptmann Tobias Pech M.A.
Major Martin Schulz M.A.
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann
Oberstleutnant Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Redaktionsassistentin: Christine Mauersberger
Lektorat: Björn Mielbrandt
Karten: Bernd Nogli, Tizian Kuhfuhs,
Frank Schemmerling
Ausstellungen: Daniel Schilling M.A., RefMuS
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMil.Geschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zms.bundeswehr.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 16,50 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Beginn eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
E-Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2026 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

Regionale Ausstellung

Objektschutzregiment der Luftwaffe »Friesland«

Das Objektschutzregiment der Luftwaffe »Friesland« ist für den Aufbau, den Schutz und den Betrieb eines Flugplatzes im Einsatzland verantwortlich und kann daher als durchgehend geforderter Einsatzverband auf eine lange und stolze Geschichte zurückblicken, die mittlerweile auch nach Mali, in den Sudan und nach Jordanien führte.

Bundeswehr / Daniel Schilling



Bundeswehr / Daniel Schilling



Unter dem Titel »IM EINSATZ« wird seit 2015 auf dem Fliegerhorst Jever eine Regionale Ausstellung gezeigt, die sich in besonderer Weise der Einsatzgeschichte der Objektschützer der Luftwaffe in Afghanistan widmet. Nachgebauten Szenarien aus dem Feldlager, Erinnerungsstücke und Souvenirs, erklärende Texte und persönliche Impressionen in Wort und Bild geben Einblicke in den Einsatzalltag und auch die damit verbundenen Emotionen.



Bundeswehr / Daniel Schilling



Fliegerhorst Jever
Upjeversche Straße 1
26419 Schortens

ObjSRgtLwMGSObjSRgtLw@bundeswehr.org



Publikationen des ZMSBw



Tanja Bührer
Kolonialkriege in Ostafrika 1885–1914
Stuttgart: Reclam 2025
(= Kriege der Moderne),
160 Seiten, 18,00 Euro,
ISBN 978-3-15-011550-3;
E-Book im EPUB-Format, 16,99 Euro,
ISBN 978-3-15-962410-5

Innere Führung – konkret

erweiterte und aktualisierte Neuauflage

Von A wie »Anfang« bis Z wie »Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr« befassen sich die Artikel mit den unterschiedlichen Aspekten der Inneren Führung. Für alle Angehörigen der Bundeswehr aber auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Ideale Ergänzung zum
»Handbuch Innere Führung«!

Gerne können Sie auch Klassensätze
bestellen über:

ZMSBwpublikationen@bundeswehr.org

Innere Führung – konkret



ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw



Von Null auf Bündnis: Die frühen Jahre der Bundeswehr

Am 12. November 2025 feierte die Bundeswehr die 70. Wiederkehr ihres Gründungstages. Wie entstand im westlichen Teil des zerstörten Deutschlands mit seinem diktatorischen Erbe eine neue Armee in der Demokratie? Über diese und weitere Fragen spricht Prof. Dr. Sönke Neitzel von der Universität Potsdam mit Oberstleutnant Michael Gutzeit aus dem ZMSBw.